

Elfte Sitzung – Onzième séance

Montag, 18. März 1991, Nachmittag
Lundi 18 mars 1991, après-midi

14.30 h

Vorsitz – Présidence: Herr Bremi

Fragestunde – Heure des questions

Frage 35:

Cincera. Kostenentschädigung an den Kanton Zürich an Untersuchungskosten im Fall Shakarchi
Frais d'instruction de l'affaire Shakarchi. Indemnisation du canton de Zurich

Laut Presseberichten muss der Kanton Zürich Shakarchi eine Entschädigung zahlen. Zudem entstanden dem Kanton hohe Untersuchungskosten. Die fragliche Untersuchung ist von der Puk 1 bzw. durch Aeusserungen einzelner ihrer Mitglieder veranlasst worden.

Wird der Bund die dem Kanton Zürich entstandenen Kosten ganz oder teilweise vergüten?

Bundesrat **Stich**: Es besteht nach Ansicht des Bundesrates kein Anlass, die Untersuchungskosten des Kantons Zürich im Fall Shakarchi durch den Bund zu vergüten. Der Kanton Zürich hat diese Untersuchung, gestützt auf kantonales Verfahrensrecht, eingeleitet und ist demzufolge auch verpflichtet, die Kosten dieses Verfahrens zu tragen. Es handelt sich hier nicht um ein bundesrechtliches Ermittlungsverfahren, und der Bund war in keiner Art und Weise an diesem Verfahren beteiligt. Im übrigen kann der Bund auch nicht aufgrund des Verantwortlichkeitsgesetzes haftbar gemacht werden, da die Aeusserungen einiger Mitglieder der Puk 1 keine widerrechtliche Handlung im Sinne des Verantwortlichkeitsgesetzes darstellen.

Question 36:

Ziegler. Kriegskasse der P-26
P-26, trésor de guerre

Le 31 janvier 1991, la Consec SA de Bâle a été dissoute. La Consec est la société qui pendant 8 ans a lavé les millions que la Confédération a payé illégalement à l'illégal armée secrète P-26.

Le chef de la P-26, Efrem Cattelan, qui gagnait 240 000 francs par an plus les frais, a mandaté des avocats; ceux-ci exigent des primes de départ astronomiques pour Cattelan et pour ses guerriers secrets.

- 1. Quelles primes verse la Confédération aux membres de l'armée secrète dissoute?*
- 2. Que reste-t-il du trésor en or et en devises de cette armée?*
- 3. Combien sera finalement versé à la Croix-Rouge?*

Bundesrat **Stich**: Die Liquidation der P-26 ist im Gange. Demnächst wird dem Bundesrat ein Schlussbericht zur Genehmigung unterbreitet. Herr Cattelan wird nach der Liquidation der P-26 eine Funktion im EMD übernehmen und rückwirkend auf den 1. Januar 1991 in das ordentliche Kader mit entsprechender Besoldung eingegliedert werden. Dabei wird keine Abfindungssumme geleistet.

214 kg Gold sind bei der Nationalbank deponiert und Guthaben in der Höhe von 1,1 Millionen Franken der eidgenössischen Staatskasse gutgeschrieben worden. Ueber die Verwendung des Goldes wird das Parlament zu entscheiden haben, wenn der Bundesrat mit dem Nachtrag I beantragt, je eine Hälfte dem Schweizerischen Roten Kreuz und dem IKRK

zu schenken. Da der Bundesrat Mittel in der Höhe von 3,3 Millionen Franken im Budget 1991 gesperrt hat, wird zur Deckung der restlichen Liquidationskosten dem Parlament allenfalls ein Nachtragskredit unterbreitet werden.

M. **Ziegler**: Dans l'affaire de la P-26, M. Stich ne dit que la moitié de la vérité. Je suis choqué de savoir que M. Cattelan, le chef qui a touché 240 000 francs par an toute sa vie active durant, sera intégré dans le Département militaire fédéral. Mais M. Stich ne parle pas des 400 autres membres. Or, la presse nous apprend que les membres de cette confrérie lamentable qu'est la P-26, qui ont été illégalement rémunérés par la Confédération durant tant d'années, ont mandaté des avocats, lesquels négocient avec la Confédération des indemnités de départ.

Je demande donc à M. Stich si la Confédération a décidé de rompre ses négociations avec les avocats de chacun des membres de la P-26, si elle refuse publiquement et définitivement de payer une quelconque indemnité de départ à quelque membre que ce soit de cette confrérie, ou si ces négociations continuent et quelle est l'attitude du Conseil fédéral en la matière.

De plus, si le Conseil fédéral avait accepté de négocier, je le trouverais scandaleux à l'égard de la démocratie et de chacun des contribuables de ce pays.

Bundesrat **Stich**: Ich kann dazu nur sagen, dass ich die Liste zwar gesehen habe, aber bis heute noch mit keiner Entschädigungsfrage von irgendwelcher Seite konfrontiert worden bin. Es hat bis heute niemand eine Schadenersatzforderung gestellt.

Frage 37:

Reimann Maximilian. Kollegialitätsprinzip im heutigen Bundesrat

Collégialité au sein du Conseil fédéral

Am Parteitag der SP Schweiz vom 2./3. März 1991 stellte laut Zeitungsberichten ein SP-Nationalrat die Behauptung auf, «das EMD sei lange Zeit ein geschützter Arbeitsplatz für den dümmsten bürgerlichen Bundesrat gewesen». Die beiden anwesenden SP-Bundesräte nahmen diese Aeusserung unwidersprochen hin. Dies kommt einem Bruch des Kollegialitätsprinzips gleich, gehören doch neben dem amtierenden auch zwei ehemalige bürgerliche EMD-Vorsteher der gegenwärtigen Landesregierung an.

Hat man sich in der aktuellen Zusammensetzung des Bundesrates effektiv vom traditionell hochgehaltenen Kollegialsystem entfernt? Oder haben sich die beiden SP-Bundesräte zumindest nachträglich von der vorstehend erwähnten Behauptung distanzieren?

Bundesrat **Stich**: Die Frage stellt sich nicht, da weder Herr Felber noch ich im Saale waren, als diese unannehmbare Aeusserung gemacht wurde.

Frage 38:

Rutishauser. Senkung der Mostobstpreise
Fruits à cidre. Baisse des prix

Die Eidgenössische Alkoholverwaltung prüft gegenwärtig eine massive Senkung der Mostobstpreise. Ist sich der Bundesrat bewusst, dass eine solche Massnahme den Todesstoss für Tausende von Hochstamm-Apfel- und -Birnbäumen bedeutet? Wie gedenkt der Bundesrat eine wirksame Kontrolle durchzuführen, falls wesentliche Preisdifferenzen zwischen Mostobst von Hochstämmen und solchem aus Niederstammanlagen eingeführt werden sollen? Kann der Bundesrat verantworten, dem Natur- und Landschaftsschutz einen solch schlechten Dienst zu erweisen?

Bundesrat **Stich**: Wegen des rasch sinkenden Reinertrages musste die Alkoholverwaltung für den Voranschlag 1991/92 Sparmassnahmen ausarbeiten und Massnahmen gegen die deutlich steigenden Obstverwertungsabgaben vorlegen. Im Vordergrund der geprüften Varianten stand die Abschaffung der Frachten- und Margenbeiträge der Eidgenössischen Alko-

holverwaltung für Mostobst. Diese Massnahme trifft in der Regel den mostereinahen Hochstammobstanbau kaum. Die Alkoholverwaltung hat zudem Varianten für eine zusätzliche, notwendige Produzentenpreissenkung beim Mostobst erarbeitet und diese der Branche zur Stellungnahme unterbreitet. Der Bundesrat erwartet von der Verwaltung und der Branche, dass sie bei der Prüfung der vorliegenden weiteren Varianten den ökologischen Gesichtspunkten Rechnung tragen. Die Verwaltung soll schliesslich eine hochstammchonende Variante zur Realisierung beantragen. Obschon auch die ausschliesslich vom Hochstamm kommende Mostbirnenproduktion stark überschüssig ist, soll sie aus ökologischen Gründen, wenn überhaupt, nur schwach in die Preissenkung einbezogen werden.

Mit einer gezielten Preissenkung auf noch zu bezeichnenden Mostäpfelsorten, die grossmehrheitlich in Niederstammkulturen erzeugt werden, vergrössert sich der Preisunterschied zu den klassischen Hochstammorten. Damit wird die Lieferkontrolle um so wichtiger. Verhandlungen darüber sind mit dem Schweizerischen Obstverband im Gange. Zusätzlich muss die Alkoholverwaltung die Buchführungs-, Rapport- und Abrechnungsvorschriften so anpassen, dass eine möglichst präzise Erfassung der billigeren Mostäpfelsorten gewährleistet ist. Eventuelle Anlaufschwierigkeiten müssen dabei in Kauf genommen werden. Sie sind gegebenenfalls der Preis für die Schonung der Hochstämme.

Weil der Bundesrat mit den notwendigen Sparmassnahmen beim Mostobst den Natur- und Landschaftsschutz so weit möglich nicht beeinträchtigen will, wird er eine hochstammchonende Variante wählen.

Begrüssung – Bienvenue

Präsident: Ausnahmsweise begrüsse ich auf der Tribüne eine Gruppe von blinden und sehbehinderten Jugendlichen. Weil Sie sie nicht sehen können, darf ich Sie mündlich begrüssen. (Beifall)

Frage 39:
Portmann. Geldmengenpolitik
Politique de régulation de la masse monétaire

Sieht der Bundesrat noch keinen Anlass, mit dem Nationalbank-Präsidium Fühlung zu nehmen, um die langandauernde starr-restriktiv geführte Geldmengenpolitik jetzt geschmeidiger auf die kürzerfristigen Elementarbedürfnisse unserer Wirtschaft auszurichten, ohne die anerkannte Zielrichtung der versuchten Inflations-Niederringung zu verlassen?

Bundesrat Stich: Der Bundesrat ist nach wie vor der Meinung, dass der Bekämpfung der Inflation oberste Priorität zukommen muss. Wie der Teuerungsindex für den Februar (Monatssteuerung plus 1 Prozent, gegenüber dem Vorjahresmonat plus 6,2 Prozent) deutlich machte, sind die inländischen Teuerungsimpulse nach wie vor stark, und die schwächeren Impulse vom Ausland her setzen einen starken Schweizer Franken voraus. Der Bundesrat ist sich aber bewusst, dass sich die konjunkturelle Lage in der Schweiz abgeschwächt hat. Er begrüsst daher den Rückgang der kurzfristigen Zinsen seit Jahresbeginn um annähernd 0,6 Prozent und der Renditen der Bundesobligationen um fast einen halben Prozentpunkt auf 6,15 Prozent. Zusammen mit der von der SBG und einigen Kantonalbanken angekündigten Herabsetzung der Zinssätze für Neuhypotheken um 0,5 Prozent dürften sich die Voraussetzungen für eine konjunkturelle Erholung verbessern. In die gleiche Richtung wirkt die Abschwächung des Kurses des Schweizer Frankens gegenüber dem Dollar seit Jahresbeginn um 7 Prozent und gegenüber der D-Mark um rund 2,5 Pro-

zent. Der Spielraum für unsere Geldmengenpolitik ist dadurch allerdings wieder enger geworden.

Die Währungsbehörden werden die konjunkturelle Lage der schweizerischen Volkswirtschaft sowie die geld- und währungspolitische Entwicklung weiterhin sorgfältig beobachten.

Frage 40:
Gysin. Uebersetzte Eigenmietwerte
Valeurs locatives surfaïtes

Die Eidgenössische Steuerverwaltung hat den Kanton Baselstadt verpflichtet, ab 1991 die kantonalen Eigenmietwertsätze für die Bundessteuer mit einem Zuschlag von 75 Prozent aufzuwerten. Bei einer ähnlichen Situation im Kanton Bern ist der Bundeszuschlag aufgrund einer Ueberprüfung der für den Entscheid massgebenden Daten von der Eidgenössischen Steuerverwaltung teilweise nach unten korrigiert worden.

Ich frage den Bundesrat an:

– ob er bereit ist, auch im Kanton Baselland – gegebenenfalls aufgrund von ergänzenden Erhebungen – im Sinne einer Gleichbehandlung eine Neuüberprüfung des massiven Zuschlages zu prüfen;

– ob er sich der Tatsache bewusst ist, dass die erfolgte Hypothekensatzsteuerung beim selbstgenutzten Haus- und Wohneigentum zeitlich und finanziell härter durchschlägt als bei den Mietern und darum der massive Bundeszuschlag zu zusätzlichen Härten führen kann.

Bundesrat Stich: Nach dem Beschluss über die direkte Bundessteuer gehört der Eigenmietwert zum steuerbaren Einkommen und ist zum Marktwert zu bemessen. Abzustellen ist also auf jenen Betrag, den der Steuerpflichtige aufzubringen hätte, wenn er das gleiche Wohnobjekt von einem Dritten mieten würde. Die Besteuerung des Eigenmietwertes bildet das Korrelat zur steuerlichen Nichtabziehbarkeit der Wohnungsmiete. Damit wird die Gleichbehandlung der Mieter und Eigentümer erreicht, weil der Eigentümer andererseits die Schuldzinsen und die anfallenden Unterhaltskosten vom Einkommen abziehen kann. Die Eidgenössische Steuerverwaltung, die für eine einheitliche Veranlagung der direkten Bundessteuer zu sorgen hat, greift nach feststehender Praxis ein, wenn in einem Kanton die Eigenmietwerte 70 Prozent des mutmasslichen Marktwertes unterschreiten. Das traf im letzten Jahr zum Beispiel in den Kantonen Bern und Baselland zu, weshalb die Eidgenössische Steuerverwaltung für die direkte Bundessteuer einen Zuschlag von 10 Prozent im ersten und 30 Prozent – also 175 Prozent statt wie bisher 135 Prozent – des kantonalen Mietwertes im zweiten Fall anordnete. Die Behauptung, wonach die Eidgenössische Steuerverwaltung beim Kanton Bern auf ihre ursprüngliche Forderung zurückgekommen sei, trifft nicht zu. Vielmehr wurde das Ausmass der Erhöhung des Eigenmietwertes auch für den Kanton Bern erst nach den für diese Fälle üblichen Konsultationen zwischen Bund und Kanton definitiv festgelegt. Auch im Falle des Kantons Baselland hat der Bund den für die direkte Bundessteuer geltenden Eigenmietwert erst nach Rücksprache mit den Kantonen festgesetzt, deren Verwaltung an der Erhebung massgeblich beteiligt war. Das Ergebnis der von der Eidgenössischen Steuerverwaltung durchgeführten Mietererhebung stimmte hier ebenfalls mit dem Ergebnis der durch den Kanton Baselland vorgenommenen Erhebung überein. Ein sachlicher Grund für eine Neuüberprüfung liegt deshalb nicht vor.

Mit dem von der Eidgenössischen Steuerverwaltung verfügten Zuschlag von 30 Prozent werden die Eigenmietwerte im Kanton Baselland trotzdem durchschnittlich nur rund 70 Prozent der Marktmieten betragen, also immer noch weit vom vollen Marktwert entfernt sein. Ohne diese Massnahme müssten sich die Steuerpflichtigen anderer Kantone, für die ebenfalls hohe Hypothekenzinssätze gelten, deren Eigenmietwert aber viel näher beim mutmasslichen Marktwert liegen, zu Recht benachteiligt vorkommen. Eine periodische Angleichung der Eigenmietwerte ist also ein Gebot der Rechtsgleichheit.

Massive Zinssatzerhöhungen führen sowohl bei Mietern als auch bei Hauseigentümern zu einer starken Belastung und zwingen oftmals zu Einschränkungen bei anderen Ausgaben, insbesondere dann, wenn kein anderes Vermögen vorhanden

ist, das einen höheren Zins als Rendite abwirft. Entgegen der Annahme des Fragestellers wird der Hauseigentümer in der Regel weniger hart betroffen als der Mieter, da der Hauseigentümer die Schuldzinsen voll von seinem Einkommen abziehen kann und damit die Allgemeinheit der Steuerpflichtigen einen Teil der zusätzlichen Belastung zu tragen hat.

Gysin: Sie haben ausgeführt, dass im Kanton Bern formell eine Uebereinstimmung zwischen Berner Steuerverwaltung und der Eidgenössischen Steuerverwaltung stattgefunden hat. Nach meinen Informationen ist das aber erst in einer zweiten Runde geschehen. Währenddem im Kanton Baselland für die Erhebung der Eidgenössischen Steuerverwaltung lediglich ca. 200 Objekte untersucht worden sind, wurde in der zweiten Runde im Kanton Bern eine Riesenanzahl von Objekten zugrunde gelegt, was zur Folge hatte, dass die ursprüngliche Absicht der Eidgenössischen Steuerverwaltung, einen erhöhten Zuschlag vorzunehmen, im Einvernehmen mit dem Kanton wieder zurückgenommen wurde. Würden Sie, Herr Bundesrat, dem Kanton Baselland nicht zugestehen – um Wettbewerbsgleichheit mit dem Kanton Bern zu haben –, ebenfalls eine grössere Anzahl Objekte zu untersuchen, damit die Stichprobe wirklich stichhaltiger wird?

Bundesrat Stich: Ihre Informationen sind leider falsch. Im Kanton Bern ist es richtig, dass der Kanton noch eine weit umfassendere Untersuchung gemacht hat, aber das Ergebnis hat die Untersuchung der Eidgenössischen Steuerverwaltung voll bestätigt. Deshalb gibt es hier nichts Vergleichbares. Im Kanton Baselland ist man sich übrigens durchaus bewusst, dass der Staat heute die Hauseigentümer subventioniert.

Frage 41:

Nabholz. Bericht «Schweiz morgen». Gratisabgabe Distribution gratuite du rapport sur «La Suisse de demain»
Demnächst erscheint der Bericht der Expertenkommission «Schweiz morgen». Ziel des Berichtes ist es, eine breite Diskussion über die Zukunft unseres Landes anzuregen. Dazu muss er einer möglichst breiten Öffentlichkeit, vor allem auch Schulen und Jugendorganisationen usw., zugänglich gemacht werden. Ist der Bundesrat im Sinne einer Geste zum Jubiläumsjahr 1991 bereit, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit der Bericht den Interessentinnen und Interessenten unentgeltlich abgegeben werden kann?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: La Commission d'experts «La Suisse de demain» a été constituée durant l'été 1989. Elle a pour mandat d'élaborer un rapport présentant, sous forme de scénario, ce que pourrait être la vie culturelle, politique, sociale et économique de la Suisse de demain. Pour financer ces travaux, le Conseil fédéral a ouvert un crédit d'un demi million de francs. La commission d'experts achève son rapport qui comprendra quatre scénarios envisageables pour la Suisse d'après l'an 2000. Elle prépare la publication de ce rapport en allemand, en français et en italien. Le graphisme et l'illustration ont été confiés à une entreprise privée. Cette solution, arrêtée d'entente avec la Chancellerie fédérale, coûtera quelque 100 000 francs. Les nécessités budgétaires ne permettront vraisemblablement pas de distribuer gratuitement ce rapport, mais aucune décision n'est prise à ce sujet et, au cas où ce document serait vendu, il le serait, naturellement, au prix le plus bas possible.

Question 42:

Aguet. Informationskampagne über die Gefahren der Kleinkredite

Campagne d'information sur les dangers du petit crédit
Le Conseil fédéral vient de confirmer, en répondant à l'interpellation de Madame Fankhauser, que la législation est insuffisante et que nos concitoyens sont mal protégés contre le fléau du petit crédit. Deux organisations caritatives chrétiennes, le Centre social protestant et CARITAS, associées à la Fédération romande des consommatrices, organisent une vaste campagne d'information en Suisse romande avec un budget de 175 000 francs. Il est bien limité par rapport aux campagnes

agressives des banques spécialisées ou par rapport aux sommes importantes que doivent dépenser les services sociaux publics et privés pour intervenir «après les catastrophes». Dès lors, je pose au Conseil fédéral la question suivante: est-il au courant de cette campagne publicitaire et ne considère-t-il pas comme judicieux d'intervenir financièrement pour soutenir cette campagne?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: La Confédération accorde une aide financière, Monsieur Aguet, aux organisations faitières de consommateurs, pour leurs activités liées à l'information objective du consommateur. C'est le sens des décisions prises par le Parlement l'an passé et au début de cette année. Le Conseil fédéral ne peut, à l'heure actuelle, dire si et dans quelle mesure les organisations de consommateurs recevront une aide financière pour la campagne d'information sur les dangers du petit crédit. Ce n'est que lorsque la Confédération examinera, au vu des comptes annuels des organisations faitières de consommateurs, si les conditions légales – celles que le Parlement a posées – mises à l'octroi d'une aide financière sont remplies. Ce n'est qu'à ce moment-là qu'une réponse pourra être donnée.

Frage 43:

Büttiker. Führungsorgan für CIM-Ausbildungszentren
Centres de formation CIM. Organisme directeur

Wegen verschiedener Demissionen ist die CIM-Programm-Leitungskommission des Bundes aufgelöst worden. Es muss nun dringend eine neue Führungsorganisation für die sieben CIM-Ausbildungszentren aufgebaut werden, damit nicht ein «Selbstbedienungsladen» für Bundessubventionen entsteht. Welche Führungsstruktur sieht der Bundesrat für die Begleitung der sieben regionalen CIM-Bildungszentren vor? Wie garantiert der Bund die Einhaltung der in den Bewerbungsunterlagen gemachten Angaben, und wie ist der gegenwärtige Realisierungsstand der sieben regionalen Zentren?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Les organes directeurs chargés de l'exécution du programme d'action CIM, que vous avez décidé, sont constitués définitivement. Le Conseil fédéral, Monsieur Büttiker, fixera de manière formelle, dans une ordonnance, les structures de direction mentionnées. Sachez que l'organe suprême de direction et de surveillance est constitué par une commission, laquelle comptera des représentants des pouvoirs publics, de l'industrie, des associations, de la science et des écoles. Elle est présidée par le directeur de l'Office fédéral des questions conjoncturelles. La commission décide du contenu du programme pour ce qui est des sujets et des délais. Elle désigne – c'est fait maintenant – une sous-commission qui est chargée d'assurer une stratégie orientée selon les besoins à venir de l'industrie suisse, parce que la situation est mouvante.

Les directeurs des sept centres régionaux de formation CIM forment, avec un président indépendant, le centre national de coordination du programme d'action. Ce centre coordonne les activités des centres régionaux pour l'ensemble du pays et leur fournit des services centralisés. Tous les centres CIM sont actuellement en voie de préparation. Les plus avancés dans leur préparation – en Suisse orientale, dans la Suisse du nord-ouest et dans la fédération CIM du Plateau – offrent déjà de premières activités de formation et de perfectionnement. La création de compétences par des projets communs entre les centres CIM et les entreprises industrielles est remarquablement dynamique, comme d'ailleurs on pouvait légitimement s'y attendre. A la minute où je vous parle, soixante et un projets, soutenus par la commission, la CERS, sont en cours de réalisation. Les écoles techniques supérieures participent à quinze d'entre eux, c'est-à-dire au quart de ces projets; 55 pour cent de ces projets se déroulent au niveau national et pas moins de 45 pour cent au niveau européen.

En résumé, et pour répondre à votre question, la Confédération aura pour sa part défini les conditions de financement, d'organisation de personnel, de contenu nécessaire à une mise en place rapide des centres régionaux de compétence.

Frage 44:
Wiederkehr. Tierversuche. Inseratenkampagne
Expérimentations animales. Campagne de presse par voie
d'annonces

Seit Monaten läuft in Zürcher Zeitungen eine grosse Inseratenkampagne des Vereins «Forschung für Leben». Darin äussern sich verschiedene Professoren zum Thema Tierversuche. Beim Publikum entsteht wegen der ungewöhnlichen Intensität der Kampagne der Eindruck, es müsse sich um eine staatliche Finanzierung durch Forschungsgelder handeln, oder andernfalls erlaubten offenbar die Professorengehälter die Finanzierung einer Kampagne, welche Hunderttausende Franken kostet.

Ich frage den Bundesrat an:

Werden für diese Kampagne auch Gelder der Hochschulen oder andere öffentliche Gelder verwendet? Wenn nicht, wer finanziert diese Aktion sonst?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: De droit privé, l'association n'est pas tenue de rendre des comptes sur ces recettes et sur ces dépenses. Ce que je peux vous dire c'est que ni la Confédération ni aucun de ses offices naturellement ne sont membre de cette association ni ne lui paient des contributions d'une manière ou d'une autre. En outre, la Confédération ne dispose pas d'indication concernant la façon dont cette association finance ses campagnes. Selon les renseignements que nous avons obtenus auprès du bureau de cette association, aucune contribution de hautes écoles ou universités ni d'autres fonds publics n'a été utilisée pour la publication des annonces dont vous faites état. Ce qui compte, du point de vue de la Confédération c'est qu'aucun centime de la Confédération n'est engagé ni directement ni indirectement dans cette campagne «Forschung für Leben» (Recherche pour la vie).

Frage 45:
Zwygart. Freisetzung genmanipulierter Kartoffeln
Pommes de terre ayant fait l'objet de manipulations gé-
nétiques. Libre dissémination

In diesem Sommer soll durch die Eidgenössische Versuchsanstalt Changins eine genmanipulierte Kartoffel freigesetzt werden.

- Wer ist zuständig für einen Entscheid dieser Art?*
- Auf welche rechtlichen Grundlagen wird dabei abgestellt?*
- Sollte im Hinblick auf zu erwartende Gesetzesgrundlagen nicht zugewartet werden?*
- Wer wird für einen solchen Entscheid vorgängig konsultiert?*

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Les travaux auxquels fait allusion M. Zwygart font partie d'un programme de recherche qui est actuellement mené à la Station fédérale de Changins. L'essai en question vise à produire des variétés de pommes de terre qui résistent aux maladies. La Station de Changins, qui dépend administrativement du Département de l'économie publique, a donc conduit ses travaux jusqu'à maintenant et leur poursuite dépendra de l'autorisation que nous donnerons ou ne redonnerons pas de faire des essais à l'air libre. Je me permets de vous dire que cet objet étant à l'ordre du jour du Conseil national de demain ou après-demain, j'aurai l'occasion de répondre, au nom du Conseil fédéral, quant au fond, aux interpellations urgentes du groupe écologiste et de M. Baerlocher, conseiller national. C'est pourquoi je vous propose de revenir sur ces questions lors du débat général du Conseil national ces prochains jours.

Frage 46:
Iten. 700-Jahr-Feier. Arena helvetica in Stans
Festivités du 700e. «Arena helvetica» (Stans)

Am 31. Januar 1991 hat die politische Gruppierung «Demokratisches Nidwalden» den Bundesrat ersucht, die Arena helvetica vom 31. August/1. September 1991 in Stans, wo Gruppen aus der ganzen Schweiz mit Uniformen und Szenen das historische Kriegshandwerk der Schweiz demonstrieren sollen, abzusagen.

Wie stellt sich der Bundesrat zu diesem Wunsch?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: L'«Arena helvetica» à Stans se déroulera comme prévu le 31 août et le 1er septembre. Cette manifestation est un élément important du programme de la fête de la Confédération et l'une des trois fêtes consacrées à l'histoire de notre pays. Elle offre une occasion de réafficher aux valeurs traditionnelles de la Suisse. On y présentera des groupes en uniformes d'époque; certains de ces groupes seront accompagnés d'instruments de musique et de tableaux historiques. «Arena helvetica» fera une place de choix à l'évocation des efforts de paix qui se sont déployés tout au cours de notre histoire. Ce serait dénaturer la signification de cette manifestation que d'y voir une célébration de la guerre. Mon département a répondu dans ce sens, agissant au nom du Conseil fédéral, à la lettre du *Demokratisches Nidwalden*.

Frage 47:
Ruckstuhl. Undurchsichtige Machenschaften im Fleisch-
handel

Opérations douteuses sur le marché de la viande

Beim Import und Export von Fleisch und Fleischwaren scheint es zu undurchsichtigen Machenschaften gekommen zu sein. Die von den Medien publik gemachten Vorfälle verstärken den Unmut unter den Bauern über die tiefen Preise auf dem Schlachtviehmarkt und vermitteln in der Öffentlichkeit den Eindruck unzureichender gesetzlicher Vorschriften. Welche Massnahmen trifft das zuständige Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement, um allfällige Unregelmässigkeiten im Aussenhandel mit Fleisch und Fleischwaren aufzuklären und die Belastung des Fleischmarktes zu vermeiden?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: La question Ruckstuhl présente deux volets: les importations de viande alal et les opérations dites d'échange.

Premier aspect: la viande alal provient d'animaux abattus selon les prescriptions rituelles islamiques. La loi suisse sur la protection des animaux interdit l'égorgement. En revanche, la Constitution suisse garantit la liberté de croyance. Pour permettre aux musulmans de pratiquer leur religion, cette viande doit donc être importée. La demande de viande alal a sensiblement augmenté ces dernières années en raison de l'accroissement du nombre des musulmans en Suisse. Il y a plus de 100 000 musulmans dans notre pays actuellement.

A la suite d'irrégularités constatées dans la répartition de la viande importée, une maison s'est vu retirer le droit d'exporter. Afin que de telles pratiques ne se répètent plus et que le Conseil fédéral ait la situation en main, il a réglé dans l'ordonnance du 22 mars 1989 sur le bétail de boucherie la question des importations de viande alal. Le mois prochain, après un certain temps d'adaptation, l'autorisation d'importer de la viande d'animaux abattus rituellement ne sera délivrée qu'aux importateurs qui auront préalablement exporté de la viande du même genre. Un recours sur ce thème est pendant devant le Département fédéral de l'économie publique. Voilà, Monsieur Ruckstuhl, le premier aspect de la question que vous m'avez posée.

Le deuxième aspect, comme vous le savez tous, concerne les opérations dites d'échange – importations contre exportations – qui sont possibles aux conditions que la même ordonnance sur le bétail de boucherie fixe et en fonction de l'approvisionnement du marché. L'Office fédéral de l'agriculture a aussi rendu une décision en cette matière, qui ne doit pas être confondue avec la première. Les médias ont parlé de cette décision qui peut être attaquée devant le Département fédéral de l'économie publique puis ensuite, le cas échéant, devant le Tribunal fédéral.

Au total, les bases légales existent dans les deux cas et permettent d'intervenir si des abus ou des irrégularités sont avérés. En outre, nous devons rappeler que la situation actuelle sur le marché du gros bétail de boucherie est le résultat d'une production qui excède les possibilités d'écoulement et que cela n'a bien sûr pas de relation avec l'objet strict de la question que nous pose M. Ruckstuhl, conseiller national, mais l'état du marché est un état de saturation.

Question 48:**Aubry. Bericht zur Situation der erwerbstätigen Frau. Französische Uebersetzung****Rapport sur la femme dans le monde du travail. Traduction française**

Le Conseil fédéral est prié de donner les raisons pour lesquelles le rapport sur «La femme dans le monde du travail» de Madame Anita Calonder Gerster n'a pas encore été traduit en français, alors qu'il en est à sa 2ème édition alémanique.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: L'étude de Mme Calonder Gerster a été réalisée dans le cadre des recherches du secteur public qu'effectue l'OFIAMT. Elle a été mandatée dans l'optique de l'exécution de l'arrêté fédéral instituant des mesures spéciales en faveur du perfectionnement professionnel. De telles études font état de résultats de travaux de recherche du secteur public. Elles sont en principe destinées au secteur de l'administration et elles ne sont publiées qu'à titre exceptionnel et dans leur version originale, c'est-à-dire une fois par année bilingue en français.

Toutefois, on a tenu compte du plurilinguisme de notre pays en rédigeant un résumé de plusieurs pages en français et en italien. Quelque mille exemplaires ont déjà été distribués et l'étude suscite un vif intérêt aussi en Suisse romande. C'est la raison pour laquelle l'OFIAMT a décidé finalement de faire traduire cette étude en français, ce qui me paraît combler vos vœux les plus chers, et ils sont légitimes.

Frage 49:**Rüttimann. Umrechnung der Tierkategorien in Düngergrossvieheinheiten (DGVE)****Facteurs de conversion applicables aux unités de gros bétail-fumure (UGB-F)**

Der Fragesteller hat sich schon in der Fragestunde vom 18. Juni 1990 erkundigt, ob der Bundesrat eine Expertengruppe damit beauftragt habe, die DGVE neu zu definieren.

Bundespräsident Cotti hat damals u. a. geantwortet: «Es kommt also nicht in Frage, diese glückliche Lösung in irgendeiner Form in Zweifel zu ziehen» und: «Von einer Neudefinition der DGVE kann keine Rede sein» (AB 1990 N 1048).

Trotz diesen klaren Aussagen des Bundesrates hat offenbar die Expertengruppe weitergearbeitet. Am 21. Januar 1991 hat der Bundesrat die Verordnung über die Erhöhung der Tierhalterbeiträge und deren Bezückerkreis erlassen. Darin sind für verschiedene Tierkategorien gegenüber der Verordnung von 1988 abweichende Umrechnungsfaktoren festgelegt worden. Dies hat einschneidende Konsequenzen für zahlreiche Tierhalter im ökologischen (GSchG) und einkommenspolitischen (Tierhalterbeiträge) Bereich.

Meine Fragen:

– Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass dieses Vorgehen Treu und Glauben widerspricht und die Rechtssicherheit erschüttert?

– Ist er bereit, die Verordnung vom 21. Januar 1991 in dem Sinne zu revidieren, dass die Umrechnungsfaktoren der gleichen Verordnung von 1988 weitergeführt werden?

– Oder hat er die Absicht, für den Gewässerschutz einerseits und für die Tierhalterbeiträge andererseits unterschiedliche Faktoren festzulegen?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: La loi sur la protection des eaux, dont le délai référendaire n'est pas encore terminé, définit pour la première fois d'une manière juridique l'unité de gros bétail-fumure (UGB-F) et, selon cette disposition, l'UGB-F correspond à la production annuelle moyenne d'engrais de ferme d'une vache de 600 kilos. C'est la définition à laquelle mon honorable collègue, le président de la Confédération actuel, a fait allusion lors du débat du Conseil national du 18 juin 1990. C'était en quelque sorte l'«appel du 18 juin».

Le 21 janvier 1991, à l'occasion d'une modification de l'ordonnance instituant des contributions aux détenteurs d'animaux, le Conseil fédéral a changé certains coefficients qui servent au calcul des unités de gros bétail-fumure et qui, jusqu'alors, figuraient dans l'annexe de l'ordonnance du 14 mars 1988. Cette modification, Monsieur Rüttimann, a été faite pour tenir

compte des résultats des recherches scientifiques effectuées en cette matière par différents instituts agronomiques de recherche suisses et étrangers. En 1988, nous ne possédions pas encore ces études, de sorte que, depuis lors et sur cette base, sont intervenues les modifications de coefficients.

Je réponds à vos trois questions: premièrement, la définition de l'UGB-F que donne la loi sur la protection des eaux est la même que celle sur laquelle repose l'ordonnance du Conseil fédéral instituant des contributions aux détenteurs d'animaux. Deuxièmement, les coefficients servant au calcul des UGB-F désormais applicables sont donc le résultat de travaux scientifiques récents. Il n'y a pas de raison d'en revenir aux coefficients de 1988 qui avaient alors été fixés, je ne dirai pas empiriquement, mais d'une manière moins précise et moins rigoureuse qu'ils ne le sont aujourd'hui.

Troisièmement, il est évident qu'il doit y avoir parfaite concordance entre la législation agricole et celle sur la protection des eaux, sur ce point et sur tous les autres d'ailleurs de connexion entre les deux textes de loi. C'est la raison pour laquelle j'affirme que la définition se trouvant dans la loi sur la protection des eaux actuellement en délai de référendum est générale. «La production annuelle moyenne d'engrais de ferme d'une vache de 600 kilos», telle est la définition de l'unité. La définition figurant dans l'ordonnance est plus précise, plus technique; elle fait entrer en ligne de compte des coefficients, mais l'une ne contredit pas l'autre et c'est l'essentiel.

S'il devait se révéler, Monsieur Rüttimann, que sur un point ou un autre de l'interprétation de ces dispositions il existe des nuances entre elles, il appartiendrait au Conseil fédéral de les corriger.

Rüttimann: Die Antworten von Herrn Bundesrat Delamuraz auf die Fragen 1 und 2 können mich natürlich nicht befriedigen. Ich bin einverstanden mit der Antwort auf die Frage 3.

Meine Zusatzfrage ist folgende: Wäre es nicht besserer politischer Stil gewesen, wenn der Bundesrat vor dem Erlass der neuen, abgeänderten Verordnung ein Vernehmlassungsverfahren bei den betroffenen Nutztierhalterorganisationen durchgeführt hätte?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: En théorie, Monsieur Rüttimann, ma réponse est oui. Si cependant le Conseil fédéral n'a pas suivi cette procédure, c'est pour une raison assez claire: il ne connaissait pas le rythme de croissance et de développement de la loi sur la protection des eaux. Il ne savait pas quand cette loi trouverait grâce devant le Parlement, ni ce que ce dernier y mettrait exactement, ni par conséquent à quel moment cette loi serait soumise au délai référendaire, voire à un référendum. Or, comme il avait reçu entre-temps les analyses scientifiques qui lui ont permis de modifier raisonnablement les coefficients, le Conseil fédéral s'est résolu à fixer ces nouveaux coefficients sans attendre l'achèvement de la procédure sur la protection des eaux. Mais, je le répète, lorsqu'on dit: engrais de ferme d'une vache de 600 kg comme UGB-F, on a une base qui correspond au nouveau coefficient, en sorte qu'on ne s'expose pas à des contradictions. Vous avez raison, l'ordre logique eut été différent. C'est le degré de maturité des projets devant le Parlement, en ce qui concerne la loi sur les eaux, qui nous a poussés à jouer un peu plus vite que les violons.

Frage 50:**Steffen. Tödliche Wirkung der EG-Rapsorte Doppelnul Action mortelle du colza zéro-zéro**

Bereits im Jahre 1987 wurde bekannt, dass die neue EG-Rapsorte Doppelnul für Rehe und Hasen tödliche Wirkung haben kann. Jetzt liegen sich Buwal und BLW in den Haaren: Ersteres liess im Tierspital Bern mehrere kranke Rehe untersuchen, wobei als Krankheitsursache diese Rapsorte ermittelt wurde, letzteres betrachtet die Veröffentlichung dieser Resultate als voreilig und stellt lapidar fest, dass sich eine Diskussion erübrige, denn es werde nur noch Rapsaatgut der Sorte Doppelnul verwendet.

1. Wie beurteilt der Bundesrat die Gefährlichkeit dieser Rapsorte für Wild?

2. Stimmt es, dass nur noch diese neue Rapssorte erhältlich ist?
 3. Prüft das BLW Möglichkeiten zur Beschaffung weniger gefährlicher Saatgut-Sorten?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le colza contient un aminoacide rare qui se transforme en une substance toxique pour les animaux qui en ont mangé une grande quantité – je suis sûr que je contribue, avec cette explication, à votre culture générale. Ce phénomène concerne aussi bien les variétés 0 du colza que les variétés 00 – c'est comme les trains Märklin, il y a du 0 et du 00. Les variétés 00 contiennent cependant moins de substance amère que les variétés 0. Dès lors, le gibier qui a toujours léché de la variété 0 en était plus rapidement dégoûté que lorsqu'il consomme du 00 puisqu'il y a moins de substance amère. Par conséquent, ce pauvre gibier s'expose, en consommant du 00, à des risques d'effets toxiques plus considérables qu'avec le 0. Ce risque augmente notamment au cours des hivers rigoureux, lorsqu'il y a finalement peu d'autres fourrages à disposition.

Hélas, on ne cultive plus que la variété 00 en Suisse. Notre pays ne produit pas lui-même de semences de colza, il doit donc les importer de la Communauté. Or les pays de la Communauté ne cultivent que les variétés 00 de sorte que nos agriculteurs n'ont plus le choix dans la détermination de leurs cultures de colza.

On peut, dans une certaine mesure, réduire les risques pour le gibier en réservant la culture du colza à des parcelles situées dans des endroits que ce gibier fréquente moins et en cultivant des fourrages de substitution sur certaines surfaces telles que les surfaces de compensation écologique aménagées en bordure des forêts, que vous avez décidées la semaine dernière. Un risque subsiste toutefois, il n'est pas énorme – on parle d'une douzaine de chevreuils qui auraient été atteints à la suite d'un léchage intempestif et d'une consommation probablement gargantuesque de colza 00.

Je ne peux pas vous donner de meilleure réponse. Votre question concerne un fait réel, certes, mais il faut lui laisser sa relativité.

Frage 51:

**Reimann Maximilian. Aufhebung des A- und B-Post-Unterschiedes im Lokalbereich
 Suppression du courrier à deux vitesses dans le trafic local**

Wie erste Erfahrungen mit der Abwicklung des neuen A- und B-Post-Systems aufgezeigt haben, muss die B-Post – namentlich im Lokalbereich – oft «künstlich und krampfhaft» zurückgehalten werden, damit sie nicht gleichzeitig mit der teureren A-Post beim Empfänger eintrifft. Dies ist einer rationalen Abwicklung des Transportsystems abträglich und führt zwangsläufig zu unnötigem Mehraufwand. Wäre es nicht zweckmässig, im Lokal- und eventuell auch im Regionalbereich wieder zum System der Einheitspost zurückzukehren?

Frage 52:

**Iten. Abbruch des Versuches A- und B-Post
 Abandon du courrier à deux vitesses**

Die Einführung der sogenannten A- und B-Post hat inzwischen bei sehr vielen Postbenützern und anscheinend auch bei Postangestellten Unwillen ausgelöst. Die bisherigen Erfahrungen seitens der Postkunden dürften denn auch mehrheitlich negativ sein.

Ist der Bundesrat noch nicht bereit, bei den PTT-Verantwortlichen darauf hinzuwirken, dass der A- und B-Post-Versuch im Interesse des Ansehens dieses staatlichen Dienstleistungsbetriebes sofort wieder eingestellt wird?

Frage 53:

**Müller-Wiliberg. Aufgabe der 2-Stufen-Post
 Abandon du courrier à deux vitesses**

In der Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der PTT, wird die neue Regelung der A- und B-Post kontrovers diskutiert. Vielerorts wird bezweifelt, dass sie sinnvoll, praktikabel und finanziell interessant ist.

Da der A-Post-Anteil offenbar unter den Erwartungen liegt, frage ich den Bundesrat an, ob bei einer negativen Kosten/Nutzen-Analyse und auch aufgrund vieler negativer Reaktionen von Postkunden diese Regelung nicht besser abgebrochen würde.

Bundesrat **Ogi**: Sorgen um die A- und B-Tarife liegen den Frägen der Herren Nationalräte Iten, Müller-Wiliberg und Maximilian Reimann zugrunde. Ich habe Verständnis dafür. Bei grösseren Umstellungen ist immer mit Friktionen, ja mit Reibungsverlusten zu rechnen. Das ist auch bei der Einführung der A- und B-Post der Fall.

Der Bundesrat hat am 27. Juni 1990 Änderungen von PTT-Tarifen beschlossen. Bei der Erhöhung der Briefposttaxen hat er sich für das A- und B-Post-System entschieden. Damit wollen die PTT u. a. folgende drei Ziele erreichen:

1. Anpassung an die Kosten, die seit der letzten Änderung im Jahre 1984 angestiegen sind.
2. Tarifierung nach der Beförderungsgeschwindigkeit statt nach dem Inhalt der Sendungen.
3. Humanisierung der Arbeit durch namhaften Abbau der Nacharbeit.

Die Einführung des Leistungstarifs bedingt bei den 3800 Poststellen unseres Landes organisatorische Umstellungen, die betrieblich bewältigt werden müssen und Zeit erfordern.

Für die Einführungsphase musste mit gewichtigen Reibungsverlusten gerechnet werden. Diese halten sich aber gemäss PTT-Betrieben im Rahmen.

Ein Missverständnis muss ich klären: Bei der 2-Stufen-Post handelt es sich nicht um einen Versuch, Herr Nationalrat Iten. Der Bundesrat hat vielmehr dem von den PTT in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den Kunden – darauf lege ich Wert – erarbeiteten System im Rahmen der Tarifmassnahmen zugestimmt. Die Ausklammerung des Nahbereichs von der A- und B-Post brächte, Herr Nationalrat Reimann, gemäss Auskunft der PTT-Betriebe keine Entlastung, sondern würde die Betriebsorganisation der PTT sogar verkomplizieren.

Nach Auffassung der PTT-Betriebe gibt es keinerlei Anzeichen für ein grosses negatives Kosten/Nutzen-Verhältnis, Herr Nationalrat Müller-Wiliberg.

Andererseits hat jede zweite Person hier im Rat ein Postulat zur Abschaffung der A- und B-Post unterschrieben. Ich vermute, dass Sie alle schlechte Erfahrungen gemacht haben oder unter möglichen Anfangsschwierigkeiten besonders zu leiden hatten. Bei den PTT selber sind bisher – ich habe mich heute noch einmal erkundigt – wenig Reklamationen eingetroffen. Ein paar Wochen genügen indes nicht. Ich bitte Sie noch um etwas Geduld, bis wir den Erfolg beurteilen können.

Vielleicht möchten Sie mich mit einer Zusatzfrage an Parkinson erinnern, der einmal gesagt hat: «Die Post ist eine Institution zur verteuerten Verlangsamung der Briefzustellung mit dem Ziel der Selbstabholung gegen zehnfache Gebühr.» Ich bin überzeugt, Parkinson hat nicht unsere PTT gemeint.

Reimann Maximilian: Herr Bundesrat Ogi, meine Frage betrifft ausschliesslich den Ortsverkehr. Sie betrifft einen typischen Fall aus der Praxis: ein Brief, adressiert an ein Postfach auf der gleichen Poststelle, wo der Brief eingeworfen wird. Mit A-Frankatur wird der Brief am gleichen Tag ins Fach gelegt, mit B-Frankatur kommt er 24 Stunden, mindestens einen Tag lang, auf die Beige. Das muss die Post ja tun, damit sie künstlich den Unterschied zwischen A- und B-Post herstellen kann. Das ist doch, gelinde gesagt, ein Unsinn. Ich möchte unseren dynamischen EVED-Vorsteher fragen, ob er dies nicht auch so sieht.

Bundesrat **Ogi**: Wissen Sie, Herr Reimann, wer entscheidet, ob die B-Post auf die Beige gelegt werden soll oder nicht? Das entscheidet der dynamische oder nicht dynamische Posthalter des Postortes.

Question 54:**Theubet. Eröffnung von Lebensmittelgeschäften durch die SBB****Ouverture de magasins d'alimentation par les CFF**

Les CFF envisagent dans un très proche avenir d'ouvrir des magasins de détail dans plusieurs gares de grande et moyenne importance, dont celle de Delémont. Le magasin prévu dans cette dernière devrait employer une dizaine de personnes. Ces commerces, propriété des CFF, sont loués à des commerçants qui les gèrent de manière indépendante, tout en respectant différentes consignes de la régie. Les heures d'ouverture sont aussi intéressantes pour les clients que longues pour le personnel: de 6 h à 21 h, sans pause à midi et sept jours par semaine. Le Conseil fédéral peut-il indiquer si, dans de telles conditions, ces commerces respectent la loi sur le travail et comment ils s'accommoderont des réglementations communales sur les ouvertures et les fermetures des magasins qui sont en général plus restrictives?

Bundesrat **Ogi**: Ich beantworte zunächst die Frage 1: Artikel 39 und 40 des Eisenbahngesetzes sehen vor, dass die Eisenbahnunternehmungen Nebenbetriebe einrichten können. Nebenbetriebe können zu Zeiten offengehalten werden, die von der örtlichen Ladenschlussordnung abweichen. Streitigkeiten darüber, ob überhaupt ein Bedürfnis zur Einrichtung von Nebenbetrieben vorliegt, entscheidet in erster Instanz das Bundesamt für Verkehr. In Delsberg, Herr Theubet, entscheidet in erster Instanz das Bundesamt für Verkehr. In Delsberg, Herr Theubet, handelt es sich um einen Aperto-Laden. Die SBB schliessen mit dem Betreiber einen sogenannten Franchise-Vertrag ab. Der Aperto-Laden ist ohne Unterbruch offen, um den Bahnreisenden die Möglichkeit zu geben, unbedingt notwendige Lebensmittel am Morgen früh und am Abend spät einzukaufen. Diese neuen Aperto-Geschäfte sind Nebenbetriebe nach Eisenbahngesetz.

Frage 2: Für die Nebenbetriebe gelten in bezug auf die Arbeitszeiten die Sonderbestimmungen der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz. Darin finden sich die Bestimmungen zum Schutze der Arbeitnehmerinnen und -nehmer, so auch diejenigen über die Arbeits- und Ruhezeit.

Es ist Aufgabe des Betreibers des Aperto-Ladens, genügend Personal einzustellen und dieses so einzusetzen, dass die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Ein Grossteil des Personals in den Aperto-Läden setzt sich aus Teilzeitbeschäftigten zusammen. Bis heute ist uns kein Fall bekannt, in welchem es zu arbeitsrechtlichen Problemen zwischen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen und -nehmern gekommen wäre.

Frage 55:**Wanner. Fertigstellung des Nationalstrassennetzes. Finanzierung****Achèvement du réseau des routes nationales. Mode de financement**

Im Anschluss an die Budgetdebatte in der Wintersession wurde eine Motion überwiesen, die den Abschluss des Ausbaus des Nationalstrassennetzes bis zum Jahr 2000 fordert. Wie sieht es nun mit der Finanzierung aus? Stimmen Pressemitteilungen, nach denen eine massive Erhöhung des Treibstoffzollzuschlages unumgänglich sein wird?

Bundesrat **Ogi**: Es ist unbestreitbar, Herr Wanner, dass die Erfüllung der Motionen Kohler und Cavadini, die eine durchgehende Erstellung des Nationalstrassennetzes bis ins Jahr 2000 verlangen, einen beträchtlichen Mitteleinsatz erfordert, vorübergehend – in den Jahren 1995 bis 1997 – bis gegen 2,4 Milliarden Franken pro Jahr. Dieser hohe Mittelbedarf kann nicht aus der laufenden Treibstoffzollrechnung bestritten werden. Der Einfluss auf die Wachstumsrate des Bundesbudgets wäre zu problematisch, und ausserdem werden vorerst die Mittel des Rückstellungsfonds aufgebraucht werden müssen.

Question 56:**Aubry. Fernsehsendung «Formula Fix»****Projection de «Formula Fix» à la TV**

La télévision SSR a diffusé le 22 février sur ses trois chaînes un film tourné par des Australiens attaquant violemment les procédés de distribution de Nestlé à Vevey. Cette dernière a porté plainte contre l'émission. Dans le procès-verbal du «Groupe d'Action Nestlé» du 16 novembre 1990 qui relate les faits d'une action de lutte contre cette entreprise, on peut lire: «la projection de 'Formula Fix' (le film contre Nestlé) est programmé pour le milieu de février. La personne compétente de la DRS nous conseille d'attendre avec notre pression de boycott jusqu'à la projection du film afin que Nestlé ne puisse pas donner l'assaut et ne cherche pas à empêcher l'émission».

Le Conseil fédérale admet-il que la concession de la télévision n'est pas respectée et que la personne incriminée doit être mise à pied par les responsables de la SSR?

Frage 57:**Burckhardt. Fernsehsendung «Formula Fix»****Projection de «Formula Fix» à la TV**

1. Was hält der Bundesrat von der konzessionsrechtlich relevanten und sichtbar gewordenen Tatsache, dass Mitarbeiter des Schweizer Fernsehens mit einer akzentuierten politischen Aktionsgruppe zusammenwirken, um eine von dritter Hand produzierte agitatorische ausländische Filmproduktion gegen ein weltweit tätiges Schweizer Unternehmen (Nestlé) synchron im Welsch-, Italienisch- und Deutschschweizer Fernsehen auszustrahlen, um damit der Aktionsgruppe ein «Podium» zu verschaffen?

2. Wer sind diese Mitarbeiter mit Namen?

Bundesrat **Ogi**: Sollten die Textpassage im Protokoll der «Aktionsgruppe Nestlé» und die darin aufscheinende Empfehlung eines Redaktionsmitgliedes des Schweizer Fernsehens DRS, mit der Boykottandrohung bis zur Ausstrahlung der zur Diskussion stehenden Sendung zuzuwarten, der Wahrheit entsprechen, müsste in der Tat die Frage gestellt werden, ob nicht zumindest journalistische Grundsätze oder die Konzession verletzt wurden. Dies hätte auf Beschwerde hin die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen zu beurteilen. Wie der Presse zu entnehmen war, hat die Firma Nestlé denn auch bereits eine Beschwerde an die Ubi in Aussicht gestellt. Das Schweizer Fernsehen DRS nahm zum Sachverhalt wie folgt Stellung:

Bei der Planung der Sendung wurde – wie dies üblich ist – mit verschiedenen Interessengruppen Kontakt aufgenommen, so auch mit der «Aktionsgruppe Nestlé». Im einzigen Telefongespräch zwischen der zuständigen Redaktion und der Aktionsgruppe habe die Redaktion jedoch mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass sie jegliche Vertretung, Verknüpfung, Koordination oder anderweitige Verflechtung zwischen dem Schweizer Fernsehen DRS und der «Aktionsgruppe Nestlé» strikte ablehne. Eine Empfehlung im Sinne der fraglichen Protokollpassage wurde nach Angaben der SRG nicht abgegeben.

Frage 58:**Leutenegger Oberholzer. Flugzeug-Direktstarts über Basel****Décollages en trajectoire directe au-dessus de l'agglomération bâloise**

Gemäss Beschluss des Verwaltungsrates des Flughafens Basel-Mülhausen sollen ab April Flugzeuge in einer direkten Route über die dichtbesiedelten Gebiete der Agglomeration Basel starten dürfen.

– Wurden die Bundesbehörden vor diesem Beschluss konsultiert, und welche Instanz hat die Kompetenz zur definitiven Bewilligung dieser Direktstarts?

– Direktstarts über Wohngebiete stehen im Widerspruch zur Luffahrt-Verordnung (Artikel 92). Wie gedenkt der Bundesrat, die Verordnung zum Schutz der Bevölkerung durchzusetzen?

Bundesrat **Ogi**: Frau Nationalrätin Leutenegger Oberholzer weiss es. Der Euro-Airport Basel-Mülhausen liegt auf französischem Boden. Deshalb sind die französischen Behörden für

die Flugsicherung und die Festlegung der Abflugrouten zuständig. Berühren sie schweizerisches Hohheitsgebiet, steht dem Bundesamt für Zivilluftfahrt ein gewisses Mitspracherecht zu. Die von Frau Nationalrätin Leutenegger Oberholzer angesprochenen Direktstarts sind mit Artikel 92 der Luftfahrt-Verordnung vereinbar. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt wie auch die Fluglärnkommision des Kantons Basel-Stadt haben die neue Abflugroute befürwortet. Der direkte Abflug hat gegenüber dem heutigen Abflug in einer S-Schleife verschiedene Vorteile, gerade auch bezüglich des Umweltschutzes. Der Bundesrat verweist auf seine ausführliche Antwort auf die Interpellation vom 7. Mai 1988 der heutigen Fragestellerin. Wichtig ist, dass der Direktstart nur Flugzeugen erlaubt ist, welche die strengsten Lärmvorschriften erfüllen.

Frau Leutenegger Oberholzer: Mit Erstaunen habe ich vernommen, dass Ihres Erachtens der Direktstart mit Artikel 92 der Luftfahrt-Verordnung vereinbar sein soll. Die Luftfahrt-Verordnung sagt aber ganz klar, dass Schutzgebiete, also namentlich Wohngebiete, Spitäler, Schulen und Ähnliches, nach Möglichkeit nicht überflogen werden sollen. Mit den Direktstarts werden genau solche Ueberflüge zur Norm. Sind Sie bereit, Ihre Aussage in diesem Punkt nochmals zu überprüfen und zu korrigieren?

Bundesrat Ogi: Frau Nationalrätin Leutenegger Oberholzer hat keine Zusatzfrage gestellt. Selbstverständlich werden wir das noch einmal überprüfen. Ich darf aber darauf hinweisen, dass die Versuchsperioden mit diesem Abflugverfahren von 1985 und 1988/89 gezeigt haben, dass sich die Fluglärmbelastung an den festen Messstationen wesentlich verbessert, also in Ihrem Sinne verändert hat. Ich gehe aber der Frage nach.

Frage 59:

Haering Binder. Die wachsende Angst der Frauen in unbegleiteten Zügen

Peur croissante des voyageuses dans les trains non accompagnés

Die Berichterstattungen über die wachsende Angst von Frauen in unbegleiteten S-Bahn-Zügen häufen sich. Nach neuesten Umfragen haben 50 Prozent der Frauen Angst, in Randstunden einen unbegleiteten Zug zu besteigen.

Ich frage deshalb den Bundesrat an:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat, um diese Situation zu verbessern?
2. Welche konkreten Massnahmen hat der Bundesrat dazu bereits eingeleitet, und in welchem Zeitraum werden sie wirksam werden?

Bundesrat Ogi: Die Angst der Frauen in unbegleiteten Zügen, vor allem in Randstunden, beschäftigt auch den Bundesrat. Auch eine mir bekannte Frau hatte wegen eines solchen Vorfalles seelisch und körperlich zu leiden. Allerdings passierte dieses Ereignis in einem Zug mit Kondukteur. Es ist festzuhalten, dass gegenwärtig im S-Bahn-Bereich Zürich der SBB noch keine unbegleiteten Züge verkehren. Solche gibt es hingegen auf den Linien 4 und 10, die von der SZU betrieben werden. Das Problem der Verhütung von kriminellen Handlungen stellt sich nicht nur für den Sektor Eisenbahn, sondern auch für den öffentlichen Verkehr, das heisst für den öffentlichen Raum, ganz allgemein. Trotzdem sind sich die SBB ihrer besonderen Verantwortung für die Sicherheit der Fahrgäste bewusst. Sie haben deshalb bei einer Partnerfirma eine entsprechende Untersuchung in Auftrag gegeben. Diese soll noch in diesem Jahr abgeliefert werden und Auskunft darüber geben, welche zweckdienlichen Massnahmen allenfalls getroffen werden müssten. Die Untersuchung wird sich nicht bloss auf die Verhältnisse in den Zügen beschränken, sondern auch das Problem der Bahnhöfe und Unterführungen umfassen. Die dringendsten Massnahmen sollen dabei sofort in die Wege geleitet werden.

Frage 60:

Loeb. Sonderpostmarke 75 Jahre Pro Senectute 1992 75 ans de Pro Senectute en 1992. Emission d'un timbre spécial

Nach Annahme meines Postulats vom 13. Dezember 1989 betreffend Aenderung der Verordnung über die Ausgabe von Sonderpostmarken frage ich den Bundesrat an, ob er bereit ist, 1992 für das 75. Jubiläum der Pro Senectute eine Sonderbriefmarke vorzusehen.

Bundesrat Ogi: Die Aenderung der Verordnung wird zurzeit bearbeitet. Es wird noch einige Zeit dauern, bis das Geschäft dann auch spruchreif ist. Departement und PTT sehen sich widerstrebenden – Sie können es sich vorstellen – Interessen gegenüber. Das geltende Recht kennt für Sonderbriefmarken nur gerade Jubiläen: 50 Jahre, 100 Jahre usw. Es gibt Bestrebungen, die Zahl der Jubiläumsmarken zu reduzieren. Bei dieser Sachlage kann der Bundesrat für 1992 der Pro Senectute keine Sondermarke in Aussicht stellen.

Frage 61:

Maeder. Atommüllversenkung im Atlantik Déchets nucléaires versés dans l'Atlantique

Gemäss einer Rangliste, die aufgrund eines Wunsches der Mitgliedstaaten der Londoner Konvention LDC entstand und kürzlich publiziert worden ist, nimmt die Schweiz den Rang eines Vize-Weltmeisters im Versenken von Atommüll im Atlantik ein. Innerhalb der LDC hat die Schweiz verschiedentlich einen umweltfeindlichen Standpunkt vertreten. Nachdem die Fragwürdigkeit der Atommüllversenkung im Meer von führenden Wissenschaftlern bestätigt wird, müsste diesem groben Unfug rasch ein Ende gesetzt werden.

Obwohl die Atommüllversenkung von der Schweiz seit einiger Zeit eingestellt worden ist, hält der Bundesrat immer noch an der Option «Versenkung radioaktiven Abfalls im Meer» fest. Wäre es nicht an der Zeit, auch auf diese Option zu verzichten?

Bundesrat Ogi: Dem Bundesrat ist der Schutz des Meeres ein Anliegen. Den Vorwurf eines umweltfeindlichen Standpunkts kann man heute der Schweiz nicht mehr machen. Die von der Schweiz in den Jahren 1969 bis 1982 durchgeführten Versenkungen von schwach und mittel radioaktiven Abfällen entsprachen immer den Anforderungen der Londoner Konvention. Umfassende wissenschaftliche Abklärungen im Versenkungsgebiet haben gezeigt, dass die versenkten Abfälle zu keiner Gefährdung von Lebewesen geführt haben. Für bestimmte Abfälle kann die Meeresversenkung gegenüber der Endlagerung in geologischen Schichten Sicherheitsvorteile aufweisen. Es wäre deshalb falsch, heute aus politischen Gründen endgültig auf die Möglichkeit der Meeresversenkung zu verzichten. Der Bundesrat ist aber nach wie vor der Meinung, dass die Schweiz nicht Schrittmacher der Tiefseeversenkung sein soll. Es besteht im übrigen keine Absicht, in absehbarer Zeit die Tiefseeversenkungen wiederaufzunehmen. Aber, Herr Maeder, irgendwo müssen wir hin mit diesem Abfall! Lassen Sie uns deshalb ein Endlager bauen. Im übrigen haben wir am letzten Freitag die Öffentlichkeit eingehend über die Politik des Bundesrates orientiert.

Frage 62:

Graf. PTT-Tarife für Zeitungstransporte Tarifs postaux applicables aux journaux

Die PTT-Betriebe haben seit Beginn des Jahres 1991 ihre Tarife für die Zeitungstransporte aufgrund einer Strukturreform zum Teil massiv erhöht. Selbst für kleinere Unternehmen resultiert daraus eine erhebliche Mehrbelastung in der Grössenordnung von Zehntausenden von Franken. Diese Zusatzkosten können nur zum Teil auf die Abonnenten und Inserenten überwälzt werden. Gleichzeitig sind die Vorschriften für den Versand der Zeitungen so umgestaltet worden, dass daraus für die Verleger eine starke administrative Mehrbelastung resultiert.

Ist sich der Bundesrat bewusst, dass mit solchen Massnahmen die Existenz der kleinen und mittleren Zeitungsunternehmen in schwerer Weise gefährdet wurde, und ist er bereit, bei den PTT dahin zu wirken, dass die diversen Erhöhungen zurückgenom-

men oder auf jeden Fall auf ein erträgliches Mass reduziert werden und dass die für 1993 bereits ins Auge gefassten weiteren Erhöhungen bei den Zeitungstransportkosten unterbleiben?

Bundesrat Ogi: Der Bundesrat hat am 27. Juni 1990 die neuen PTT-Tarife festgelegt. Jene für den Zeitungstransport wurden während mehr als zwei Jahren mit dem Schweizerischen Verband der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger erarbeitet. Der Bundesrat ist sich dabei bewusst, dass die Erhaltung einer vielfältigen Presse ein wichtiges staatspolitisches Anliegen darstellt. Die Tages-, Lokal- und Regionalpresse wird zu einem günstigen Tarif, zu günstigen Taxen befördert. Darüber hinaus wurden Zeitungen mit einer Auflage bis 20 000 Exemplare und bis 75 Gramm Gewicht speziell begünstigt. Die Tarifanpassungen waren unumgänglich; der wachsende Fehlbetrag im Bereich des Zeitungsdienstes von über 200 Millionen Franken pro Jahr konnte nicht weiter hingenommen werden. Diese 200 Millionen Franken sind gemeinwirtschaftliche Leistungen der PTT zugunsten der Presse – vergessen Sie das, meine Damen und Herren, nicht. Es kommt dazu, dass die PTT 1990 seit langem wieder mit einem negativen Ergebnis abschliessen. Um den Verlegern entgegenzukommen, erfolgt die Erhöhung in zwei Etappen: auf den 1. Januar 1991 und auf den 1. Januar 1993. Inzwischen stecken die PTT in roten Zahlen. Eine Rücknahme oder Reduktion der Erhöhungen kommt daher zum heutigen Zeitpunkt und aufgrund der heutigen Finanzlage der PTT nicht in Frage.

Graf: Kann uns Herr Bundesrat Ogi die Zusicherung geben, dass er der in der Bundesverfassung festgeschriebenen Presseförderung nach wie vor seine volle Aufmerksamkeit zuwenden wird?

Bundesrat Ogi: Ich muss Ihnen sagen, ich habe zwei Seelen in meiner Brust. Auf der einen Seite steht für mich die wirtschaftliche Entwicklung der PTT und auf der anderen Seite die Presseförderung. Diese beiden Interessen müssen wir unter einen Hut bringen. Ich werde aber diese beiden Fragen intensiv begleiten. Die Presseförderung hat ihren Stellenwert. Sie können versichert sein, dass ich ihr meine ganze Aufmerksamkeit schenken werde.

Question 63:

Ruffy. Sicherheit des KKW Bohunice (Tschechoslowakei) Sécurité de la centrale de Bohunice (Tchécoslovaquie)

Le rapport, commandé par le chancelier autrichien, M. Vranitzky, sur la sécurité des centrales nucléaires de Bohunice, contient des lignes qui font redouter le pire.

On ne pourrait exclure des accidents de l'importance de celui de Tchernobyl, signifiant la nécessité d'évacuer des parties de l'Autriche. Il y aurait lieu d'obtenir l'arrêt immédiat de Bohunice. Il serait faux de croire que l'Autriche est seule exposée. Un tel danger plane en fait sur toute l'Europe, y compris la Suisse.

Le Conseil fédéral a-t-il pris connaissance du rapport commandé par le chancelier Vranitzky? Partage-t-il les avis donnés par les auteurs du rapport? Se sent-il solidaire du gouvernement autrichien et est-il prêt à intervenir pour demander l'arrêt de Bohunice?

Bundesrat Ogi: Bundesrat und Bundesverwaltung kennen seit Januar den von Herrn Nationalrat Ruffy erwähnten Bericht. Der Bundesrat ist am sicheren Betrieb aller Kernanlagen in Europa interessiert. Daher unterstützt die Schweiz finanziell und mit Experten ein Projekt, welches sich mit der Sicherheit osteuropäischer Reaktoren befasst. Die Trägerin des Projektes ist die Internationale Atomenergie Agentur in Wien. Bohunice gehört zu den ersten Anlagen, welche in diesem Rahmen untersucht werden. Der Bundesrat beabsichtigt, erst nach Abschluss und Auswertung dieser Arbeiten weitere Schritte zu unternehmen. Der Entscheid über den Betrieb der Reaktoren ist Sache der Tschechoslowakei.

Nun zur Solidarität mit Oesterreich: Herr Ruffy, Sie wissen, dass aus diesem Lande, aus Oesterreich, über 20 000 Einsprachen gegen Mühleberg eingegangen sind. Aber das gleiche Land bat uns um schweizerische Stromlieferungen, als Er-

satz für Bohunice. Wir sollen unsere eigenen Werke abstellen, aber Oesterreich mit Stromlieferungen unterstützen – welch ein Widerspruch! Wir sehen nicht, wie eine solche Solidarität hier nun zum Tragen kommen könnte.

M. Ruffy: Monsieur le Conseiller fédéral, on peut naturellement évaluer différemment les dangers que font planer cette centrale tchécoslovaque, mais j'ai une question complémentaire à vous poser.

Le devoir du Conseil fédéral c'est de savoir si le système d'alarme, en cas d'accident majeur, va fonctionner. Vous m'avez dit que le Conseil fédéral a eu connaissance de ce rapport, commandé par le chancelier autrichien. Est-ce que le Conseil fédéral a réagi, au moins en ce qui concerne la sécurité de la population suisse?

Bundesrat Ogi: Ich will weder beschönigen noch beruhigen. Selbstverständlich gehört das zu unseren elementaren Aufgaben.

Frage 64:

Hafner Rudolf. Tunnelbauproblematik bei der Neat Tunnel de base du Gothard (NLFA). Risques inhérents à la construction

In der Botschaft des Bundesrates wird das Tunnelbaurisiko des Gotthard-Basistunnels als klein bezeichnet. Der geologische Experte der Universität Bern, Professor Pfiffner, konstatiert aus heutiger Sicht ein sehr grosses Baurisiko.

1. Bestätigt der Bundesrat den Sachverhalt, dass für die Abklärung des Baurisikos bis zur Botschaftserstellung keine Probebohrungen vorgenommen wurden?

2. Hat der Bundesrat Kenntnis von der Ueberzeugung der geologischen Experten, wonach das Baurisiko beim Gotthard-Basistunnel aufgrund von seismischen Untersuchungen (Resultat: schwierigstes Gestein der Piora-Zone) neu als sehr gross bezeichnet werden muss mit der Folge von massiven Kostensteigerungen?

Bundesrat Ogi: Herr Hafner hat zwei Fragen gestellt, ich beantworte zunächst die erste Frage. Tunnelbauten, Herr Hafner, sind sehr oft mit erheblichen Baurisiken verbunden. Das Botschaftsprojekt Gotthard stützt sich auf ein allgemeines Bauprojekt der SBB, das Mitte der siebziger Jahre in Auftrag gegeben worden war. Zu dieser detaillierten Arbeit gehörten auch geologische Untersuchungen, darunter drei Tiefbohrungen. Gestützt auf diese Grundlage, wurde im Vorfeld der Botschaft die geologische Erkundung weiter aufgenommen. In einer ersten Phase sind sogenannte Kartierungen und seismische Untersuchungen durchgeführt worden, wobei hier Herr Professor Pfiffner ebenfalls beteiligt war. In einer zweiten Phase werden das in Zukunft auch weitere Tiefbohrungen sein. Sie sollen dazu dienen, einen auf die erkannten Risiken abgestimmten Bauvorgang entwickeln zu können.

Ich beantworte nun die Frage 2. Die seismischen Untersuchungen zeigten keine bisher nicht erkannten Risiken. Die bautechnischen Risiken sind – so meinen wir – aufgrund der heutigen Kenntnisse zu bewältigen. Ohne die Bereitschaft – das möchte ich zuhanden der Materialien und der Geschichte auch sagen –, ein Risiko zu tragen, können aber heute keine Tunnelprojekte verwirklicht werden. Die Vorbereitungen, Herr Hafner, erfolgen aber mit aller gebotenen Sorgfalt.

Hafner Rudolf: Sie haben uns erklärt, dass entgegen dem Botschaftstext, in dem das Risiko mit «klein» angegeben worden ist, jetzt eben doch mit unbekanntem Risiken gerechnet werden muss. Gemäss den Aussagen von Herrn Professor Pfiffner soll das Baurisiko jetzt sehr gross sein. Denken Sie nicht, dass das Auswirkungen auf die Kosten haben wird und dass eben aus diesem Grunde voraussichtlich die 14 Milliarden Franken nicht eingehalten werden können?

Bundesrat Ogi: Ich muss Sie korrigieren, Herr Hafner: Wir haben in der Botschaft nicht von einem «kleinen Risiko» gesprochen. Selbstverständlich nehmen wir alle kritischen Stimmen

ernst – auch diejenige von Herrn Professor Pfiffner – und werden diesen Stimmen mit der nötigen Sorgfalt nachgehen. In bezug auf die Kosten: Es kann heute nicht gesagt werden, dass die Kosten für die beiden Bauprojekte wegen möglichen geologischen Schwierigkeiten die 14-Milliarden-Grenze überschreiten werden.

Frage 65:**Ruf. Neue Gemeinschaftsbriefmarke Schweiz-USA
Nouveau timbre commun à la Suisse et aux Etats-Unis**

Am 22. Februar 1991 wurde eine Gemeinschaftsbriefmarke Schweiz-USA (Wert Fr. 1.60 bzw. 50 US-Cents) herausgegeben, mit welcher im Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft an die vielen Auslandschweizer gedacht werden soll. Die Marke zeigt in beiden Versionen im Hintergrund das Bundeshaus – dominiert vom US-Kapitol, das gross im Vordergrund steht. Für viele Mitbürger(innen) ist es schwer verständlich und von vielen wird es teilweise sogar als Zumutung empfunden, dass auch auf der schweizerischen Ausgabe unser Parlamentsgebäude hinter dem Kapitol zurückstehen muss.

1. Weshalb wurden nicht zwei Marken produziert, die schweizerische mit dem Bundeshaus, die amerikanische mit dem Kapitol im Vordergrund? Wäre es nicht gerade im Jubiläumsjahr als Ausdruck der Unabhängigkeit zwingend geboten gewesen, auf einer Schweizer Briefmarke das Bundeshaus in den Vordergrund zu stellen?

2. Ist die Dominanz durch das Kapitol als symbolisch für die schweizerische Aussenpolitik zu betrachten, die schon verschiedentlich den Eindruck erweckt hat, sie sei allzusehr auf die Interessen der USA ausgerichtet?

Bundesrat **Ogi**: Gemeinschaftsbriefmarken dokumentieren die Verbundenheit. Sie müssen daher weitgehend identisch sein und dürfen sich nur in Einzelheiten voneinander unterscheiden: im Taxwert, der Landesbezeichnung und im Text. Die Ausgabe zweier verschiedener Marken – das betrifft die Frage 1 von Herrn Ruf –, wie sie Herr Ruf anregt, stand aus diesen Überlegungen nie zur Diskussion. Sie würde auch dem Gedanken der Verbundenheit widersprechen. Die Marke wurde von einem Schweizer Künstler gestaltet. Das Bundeshaus – ich sehe, Sie haben die Marke vor sich – steht zwar im Hintergrund, belegt aber, wenn Sie genau hinschauen, Herr Ruf, dafür die ganze Breite des Markenbildes.

Zur Frage 2: Eine politische Aussage war mit der Marke nicht beabsichtigt. Der Bundesrat bittet Sie, eine solche auch nicht in die Marke hineinzuzinterpretieren.

Ruf: Wenn man der Verbundenheit, die durch eine solche gemeinsame Marke zum Ausdruck kommen soll, Rechnung tragen will und gleichzeitig daran denkt, dass es ja die Schweizerische Eidgenossenschaft ist, die ein 700jähriges Jubiläum begeht – und nicht die Vereinigten Staaten –, dann stellt sich die Frage: Wieso hat der Bundesrat nicht eine klare Vorgabe mit umgekehrtem Vorzeichen gemacht, nämlich dahingehend, dass – gerade in Würdigung des Jubiläums der Schweiz, es ist nicht ein solches der USA – das Bundeshaus im Vordergrund steht und das Kapitol etwas weiter hinten? Wenn es dafür keine plausible Erklärung gibt, Herr Bundesrat Ogi, drängt sich natürlich die Interpretation, wie sie in Frage 2 formuliert ist, geradezu auf.

Bundesrat **Ogi**: Das Vorgehen, wie Sie es soeben vorgeschlagen haben, wäre durchaus denkbar gewesen. Der Bundesrat respektive die PTT haben den anderen Weg beschritten, sie haben dem Künstler – es war ein Schweizer Künstler – die nötige Freiheit gegeben. Der Künstler hat eben diese Form gewählt und nicht eine andere. Vielleicht war es auch eine Art Hommage an die Vereinigten Staaten.

Ich habe die Marke genehmigt. Wir werden aber von Ihren Äusserungen Kenntnis nehmen und diesen anderen Weg zu einem späteren Zeitpunkt, bei einer neuen Marke möglicherweise berücksichtigen können.

Frage 66:**Gysin. «Bahn 2000». Dringlicher Bundesbeschluss
RAIL 2000. Arrêté fédéral urgent**

Der Bundesrat möchte einen dringlichen Bundesbeschluss über das Verfahren der Plangenehmigung bei Eisenbahngrossprojekten («Bahn 2000») erwirken. Ich frage den Bundesrat an:

1. Wie er eine Dringlichkeit begründen will, nachdem ihm schlicht und einfach die Auswirkungen eines ordnungsgemäss erlassenen Gesetzes nicht passen;
2. Wie es in einem Rechtsstaat möglich sein soll, rückwirkend die Rechte der Einsprecher zu beschneiden;
3. Ob er glaubt, mit der Kürzung der Verfahrensrechte der «Bahn 2000» Sympathien zu erwerben.

Bundesrat **Ogi**: Herr Gysin hat am 24. Januar 1991 – nicht 1990 – eine Interpellation eingereicht, die im schriftlichen Verfahren zu behandeln ist. Die beiden ersten Fragen dieser Interpellation werden zurzeit mit aller Sorgfalt von Juristen aus zwei Departementen geprüft. Die genau gleichen Fragen werden dem Bundesrat nun kurzfristig in der heutigen Fragestunde gestellt. Der Bundesrat wird die Interpellation reglementsgemäss auf die Sommersession hin beantworten und damit auch die hier gestellten Fragen.

Gysin: Ich habe mich seinerzeit für den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst eingesetzt. Den Gegnern habe ich stets vorgehalten, sie hätten sich in ihrem Protest an die geltenden Gesetze und das geltende Recht zu halten. Jetzt bin ich in der unkomfortablen Lage, vom Bundesrat dasselbe verlangen zu müssen. Herr Bundesrat Ogi, darf ich Sie, nachdem Sie beim Bau der «Bahn 2000» gewaltige Preissteigerungen sehen, fragen: Wiegt der Rechtsstaat Schweiz nicht schwerer als der Finanzstaat Schweiz?

Bundesrat **Ogi**: Ich hoffe nicht – und sage mit Blick auf Ihre Fragestellung: Die Rechte der Einsprecher werden in diesem spezifischen Fall «Bahn 2000» nicht beschnitten. Deshalb ist es auch eine Frage und eine Interpretation des Auftrages; das, was Sie und das Schweizer Volk am 6. Dezember 1987 in Sachen «Bahn 2000» beschlossen haben, möchten wir ausführen. Bitte helfen Sie mit.

Frage 67:**Günter. Albanische Flüchtlinge. Massnahmen der Schweiz****Réfugiés albanais. Mesures déjà prises ou envisagées**

Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass ein demokratischer Umschwung in Albanien sehr wünschenswert wäre?

Wie gross ist die Gefährdung von Vertretern einer Demokratisierung Albaniens in diesem Land?

Aus welchen Gründen fliehen heute Albaner unter misslichsten Umständen?

Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass diese Flüchtlinge Hilfe brauchen?

Wie beurteilt er die präventive Verhaftung von Albanern im Tessin, um zu verhindern, dass sie Landsleuten in Not helfen?

Was hat der Bundesrat unternommen, um in der kritischen Situation den Betroffenen, aber auch den italienischen Behörden zu helfen?

Welche weiteren Massnahmen zur Hilfe an in Not geratene Albaner, aber auch zur Stabilisierung der demokratischen Entwicklung in Albanien sind vom Bundesrat vorgesehen?

M. **Felber**, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral est favorable à un processus de démocratisation et de libéralisation en Albanie. C'est ce que nous avons déclaré au ministre des affaires étrangères albanais, M. Malile. Le secrétaire d'Etat aux affaires étrangères a également fait connaître la position suisse à l'occasion de son voyage à Tirana ainsi qu'au premier ministre Nano Fatos au cours du Forum économique de Davos. L'Albanie se trouve dans une période de transition. Le système stalinien s'y est assoupli, semble-t-il, depuis quelques mois et a fait preuve de tendance bienvenue à la libéralisation, également dans le domaine des libertés fondamentales. Ainsi que les der-

niers événements le montrent, le recours à d'anciennes pratiques de répression ne peut pas encore être exclu. Ces méthodes menacent tout spécialement les partisans de l'opposition. Le Conseil fédéral espère que les élections du 31 mars prochain feront avancer le processus de démocratisation. Dans ce contexte, le Département des affaires étrangères a, à diverses reprises, fait savoir aux Albanais que la Suisse était disposée à déléguer des observateurs pour ces élections. Le Conseil fédéral décidera après ces dernières si, et dans quelle mesure, l'Albanie pourrait obtenir un soutien dans le domaine de la culture politique. La cause principale de l'exode réside, Monsieur le conseiller national, dans la situation des plus précaires dans laquelle se trouve l'approvisionnement général actuel en Albanie. Il s'agit donc pour ces migrations d'un mouvement de masse, spontané, qui ne peut être considéré ni comme une tentative d'exil, ni comme un véritable phénomène d'émigration. L'aide devra donc être adaptée en conséquence aux particularités albanaises, dans le cas présent être offerte dans le pays de premier accueil, actuellement l'Italie. Concernant l'arrestation préventive d'Albanais au Tessin, le chef du Département fédéral de justice et police répondra à cette question en même temps qu'à celle de Mme Fankhauser.

Après la détérioration de la situation dans le courant de la semaine dernière, l'Aide humanitaire et le Corps suisse pour l'aide en cas de catastrophes ont offert leurs services à l'Italie et à l'Albanie, par l'intermédiaire des ambassades de Suisse à Rome et à Vienne. Les autorités italiennes à Berne nous ont remerciés d'avoir offert une aide, mais elles nous ont informés que celle-ci n'est pas immédiatement nécessaire. Par contre, le gouvernement albanais a accepté notre offre et s'est déclaré prêt à recevoir la visite d'une délégation suisse. Nous allons donc envoyer sur place une mission d'évaluation très prochainement.

Frage 68:

Kühne. Albanische Flüchtlinge. Solidarität mit Italien Réfugiés albanais. Solidarité avec l'Italie

Ich frage Sie, Herr Bundesrat, wie die Schweiz ihren humanitären Verpflichtungen zur Solidarität mit Italien als Erstaufnahmestaat der albanischen Flüchtlinge nachkommen wird. In welchem Ausmass kann humanitäre Hilfe in Form von Nahrungsmitteln, Notunterkünften, medizinischer Hilfe und finanzieller Hilfe geleistet werden?

Werden Koordinationsmöglichkeiten mit anderen hilfeleistenden Staaten und Organisationen (u. a. IKRK, UNHCR, Katastrophenhilfekorps) untersucht?

Kann eine Hilfe an die rückkehrwilligen Albaner und Hilfe direkt in Albanien mit der Auflage der Berücksichtigung der Menschenrechte in Betracht gezogen werden?

Frage 69:

Auer. Einsatz Katastrophenhilfekorps Engagement du Corps d'aide en cas de catastrophes

Die Behörden Brindisi und Roms wurden kürzlich durch den starken Zustrom von Tausenden von albanischen Flüchtlingen offenbar überrascht und standen den Problemen lange Zeit eher hilflos gegenüber.

1. Wäre das Schweizerische Katastrophenhilfekorps in der Lage gewesen, selbstverständlich mit Zustimmung der italienischen Behörden, sofort, d. h. innert 1 bis 2 Tagen, nach Brindisi transportiert und dort mit dem notwendigen Material für Verpflegung und Unterkunft eingesetzt zu werden?

2. Verfügt das Korps über die notwendigen personellen und materiellen Mittel, um in einem ähnlichen Fall sofort aufgeboden und für Tausende von Menschen, Flüchtlingen oder von einer Katastrophe Betroffenen an Ort und Stelle rasch wirksame Hilfe leisten zu können?

M. Felber, conseiller fédéral: Nous répondons aux deux questions simultanément. En ce qui concerne la question de notre offre d'aide humanitaire à l'Italie et la réaction de l'Italie, nous venons d'y répondre par notre réponse à la question précédente posée par M. Günter.

Quant à une aide éventuelle à l'Albanie, celle-ci pourrait

consister en nourriture, en médicaments, en abris de secours. Une aide financière est également envisageable. Une décision concernant la forme et l'ampleur de cette aide est un peu prématurée. Pour le moment, aucune demande concrète, ou aucune demande d'information quant à des besoins n'a été adressée au gouvernement suisse. C'est pourquoi, après une préparation minutieusement étudiée, nous allons envoyer une mission de reconnaissance, qui récoltera les informations nécessaires quant à l'aide qui pourrait ou qui devrait être effectivement fournie. Cette aide pourrait provenir par l'intermédiaire d'une organisation internationale, financée par la Confédération, ou par une action directe du Corps suisse pour l'aide en cas de catastrophes. Comme il est d'usage, les actions seront naturellement coordonnées avec les divers gouvernements concernés par l'aide. Le Conseil fédéral est engagé, vis-à-vis des responsables politiques, dans le respect des droits de l'homme, également en Albanie. Dans ce contexte, le gouvernement suisse est intervenu formellement et bilatéralement, suite aux incidents survenus lors des dernières émeutes et démonstrations. L'Aide humanitaire s'engage directement en faveur de la population défavorisée. Le Corps suisse pour l'aide en cas de catastrophes, qui est basé sur un système de milice, est en mesure d'organiser des engagements immédiats sur le plan personnel, sur le plan matériel, sans avoir à recourir à des budgets élevés ou spécifiques. Une mission d'évaluation préalable est cependant indispensable, afin d'établir les besoins effectifs qui sont toujours différents selon les cas que nous rencontrons. L'aide du Corps suisse pour l'aide en cas de catastrophes n'est en général pas isolée mais elle souvent organisée en étroite collaboration avec les oeuvres d'entraide suisses ou des oeuvres d'entraide internationales, de même qu'avec les autorités locales. La collaboration des personnes directement concernées est évidemment très importante pour des motifs psychologiques et pour la réussite des actions que nous entreprenons dans ces pays, que quelquefois nous connaissons très mal.

Frage 70:

Bäumlin. Bericht zum Postulat «Menschenrechtsklausel in Staatsabkommen»

Postulat «Conventions internationales. Clause sur les droits de l'homme». Rapport du Conseil fédéral

Der Bundesrat hat am 6. Oktober 1989 ein von 60 Kolleg(inn)en mitunterzeichnetes Postulat angenommen, das einen Prüfungsbericht verlangte zur Frage, ob Menschenrechtsklauseln zum Beispiel in Nuklearabkommen einfügbar wären. Er hat damals die zu kurz bemessene Antwortfrist abgelehnt; aber seither sind anderthalb Jahre vergangen, so dass ich ihn heute anfrage, auf wann ich den versprochenen Bericht erwarten darf.

M. Felber, conseiller fédéral: La réponse au postulat de Mme Bäumlin du 6 septembre 1989 pour lequel nous avions demandé de dépasser le délai – vous vous le rappelez, Madame la Conseillère nationale – figure dans le rapport de gestion de 1990, sous le chapitre «Département fédéral des affaires étrangères, direction du droit international public, droits de l'homme». Ce rapport est à l'impression; il sera transmis à la fin du mois de mars à la Commission de gestion et sera ensuite publié, après approbation par les Chambres du rapport de gestion du Conseil fédéral.

Question 71:

Longet. Verstärkung des Dienstes für Menschenrechte im EDA

Service des droits de l'homme du DFAE. Renforcement

Le Service des droits de l'homme ou sein du DFAE est depuis des années réduit à sa plus simple expression. Le fossé entre les besoins et les moyens devient toujours plus grand. Le Conseil fédéral a pourtant à plusieurs reprises annoncé une amélioration des moyens de ce service, essentiel aux objectifs en matière de politique étrangère de notre pays.

Quelles sont les perspectives concrètes à l'égard de ce service que le Conseil fédéral peut nous indiquer?

M. Felber, conseiller fédéral: Le service des droits de l'homme – grand service important – est composé actuellement de deux personnes, assistées occasionnellement d'un stagiaire. C'est peu, c'est trop peu devant l'ampleur des problèmes qui se posent à nous et auxquels nous devons répondre. Vu l'ampleur croissante des tâches que ce service est donc appelé à remplir, nous avons envisagé dans un premier temps de le renforcer par quelques unités, une spécialisée et à plein temps cette année déjà, et nous prendrons une décision à ce sujet très prochainement.

Frage 72:

Zwygart. Gefährliche Disco-Laser

Danger des rayons laser dans les discothèques

Der unsachgemässe Einsatz von Laserstrahlen in Discotheken führt offensichtlich zu Augenschädigungen. Wäre es aus diesen Gründen nicht angezeigt, dass solche Einrichtungen bewilligungs- oder allenfalls als meldepflichtig erklärt werden müssten?

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Der unsachgemässe Einsatz von Laserstrahlen kann in der Tat zu Augenschäden führen.

Für den umfassenden Schutz der Bevölkerung vor Laserstrahlen bestehen in der Schweiz noch keine rechtlichen Grundlagen; diese Situation besteht für den gesamten Bereich der nichtionisierenden Strahlen, z. B. für Mikrowellenöfen, UV-Bräunungsanlagen usw., worunter auch die Laserstrahlen fallen.

Bei der Ausarbeitung des neuen Strahlenschutzgesetzes wurde erwogen, auch den Schutz vor nichtionisierenden Strahlen miteinzubeziehen. Die Einheit der Materie ionisierender Strahlen gebot aber, davon abzusehen. Das Bundesamt für Gesundheitswesen hat das Problem erkannt und erörtert zurzeit die Wirksamkeit von im Ausland angewendeten Massnahmen, wie z. B. Meldepflicht für Disco-Lasergeräte oder Vorschriften über die Begrenzung der Leistung solcher Apparate.

Question 73:

Longet. Diskriminierung HIV-positiver Personen durch Versicherungsgesellschaften
Personnes séropositives et assurance. Pratiques discriminatoires

Dans sa réponse à ma motion 90.826, le Conseil fédéral ne dit pas ce qu'il pense de la politique de certains assureurs, politique de toute évidence contraire aux objectifs et aux messages de la campagne de solidarité menée par le DFI; n'estime-t-il pas que de leur propre chef, les assureurs devraient se conformer à des pratiques cohérentes avec la nécessité d'une solidarité, et ne pourrait-il pas exprimer son regret de voir des pratiques d'exclusion se développer ?

Réponse écrite du Conseil fédéral

L'appel à la solidarité avec les personnes séropositives-VIH sur le plan humain, social et médical ne permet pas, à lui seul, de modifier la législation en vigueur, ni en assurance-maladie ni en prévoyance professionnelle. En assurance-maladie, une réserve est possible, conformément à la jurisprudence qui considère la séropositivité-VIH comme une maladie. En revanche, une exclusion pour le seul motif de la séropositivité-VIH n'est pas admissible. Si les caisses-maladie ont une telle pratique d'exclusion, celle-ci est non seulement regrettable mais va à l'encontre de la loi. Si l'assurance-maladie était obligatoire, comme le rapport Schoch le propose, ces deux problèmes – réserve et exclusion – n'existeraient plus.

Question 74:

Déglise. Studium der Veterinärmedizin
Etudes de médecine vétérinaire

Une étudiante, désirant commencer ses études de médecine vétérinaire à Fribourg et les poursuivre à Berne après le premier examen propédeutique, a été mise en garde par le fait qu'elle allait au devant de sérieuses difficultés, une partie de la matière

figurant au programme d'études de la première année à Berne n'étant pas enseignée dans les autres universités.

Nous avons voté, la semaine dernière, un arrêté fédéral instituant des mesures propres à promouvoir la reconnaissance réciproque des prestations d'études et la mobilité en Suisse. Ces mesures permettront-elles d'éviter que de telles situations ne se produisent? Et cela dans quel délai?

Réponse écrite du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral est effectivement d'avis que, pour une formation donnée, les semestres accomplis et les examens passés dans une haute école doivent être reconnus par les autres écoles, de telle manière que chaque étudiant puisse commencer ses études dans une université et les poursuivre dans une autre haute école suisse de son choix, sans que cela crée pour lui des difficultés ou des pertes de temps particulières.

Au grand regret du Conseil fédéral, cette prémisse à la mobilité estudiantine n'est garantie que dans certains cas à l'heure qu'il est. C'est aussi pour mettre un terme à de telles entraves dans la formation de notre jeunesse qu'il a soumis au Parlement les mesures récemment adoptées en faveur de la reconnaissance réciproque des prestations d'études et de la mobilité.

Le Conseil fédéral espère vivement que ces mesures sont aptes à favoriser des accords entre les universités, respectivement entre les facultés des différentes écoles. Il estime donc que, dans trois à quatre ans, des situations telles que celle que vous avez citée ne pourront plus se présenter.

Frage 75:

Gysin. Benachteiligung der Suva-Rentner
CNA. Rentiers défavorisés

Die Suva hat am 17. Dezember 1990 ihren Rentnern mitgeteilt, anders als in der AHV/IV könne für 1991 kein ausserordentlicher Teuerungsausgleich auf Suva-Renten ausbezahlt werden. Sie schrieb: «Leider ist weder der Bundesrat noch das Parlament auf dieses Anliegen eingetreten. Somit bleibt es der Suva verwehrt, Ihnen für das nächste Jahr die Teuerung auszugleichen ... »

Ich frage den Bundesrat an:

– ob es gängig ist, die Suva-Rentner schlechter zu stellen als die AHV/IV-Rentner; und

– warum er nicht rechtzeitig eine Korrektur vorgeschlagen hat.

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Als sich der Bundesrat mit den Auswirkungen der Teuerungsentwicklung 1990 auf Rentenbezüger befasste, wollte er möglichst rasch und einfach die Lage derjenigen Rentenbezüger verbessern, für welche die Leistungen der AHV/IV einen wichtigen Einkommensbestandteil darstellen. Weil diese Verbesserungen kurzfristig wirksam werden sollten, wurde in der Botschaft vom 24. Oktober 1990 für eine Teuerungszulage 1991 darauf verzichtet, nebst den Renten der AHV/IV weitere Leistungen anzupassen, was von den Räten am 14. Dezember 1990 gutgeheissen wurde. Weder in den vorberatenden Kommissionen noch in den beiden Kammern war vorgängig ein Antrag gestellt worden, die Teuerungszulage 1991 auf die Suva-Renten auszudehnen. Zur generellen Harmonisierung des Zeitpunktes der Rentenanpassungen haben wir dem Parlament am 21. Dezember 1990 eine Botschaft zur Aenderung des Artikels 33ter Absatz 4 AHVG sowie des Artikels 34 Absatz 2 UVG zugeleitet.

Frage 76:

Rechsteiner. TAB-Fichen
Fiches RET

Bürgerinnen und Bürger, denen durch den Sonderbeauftragten für Staatsschutzakten mitgeteilt wurde, sie seien bei der Bundesanwaltschaft nicht verzeichnet, mussten erfahren, dass über sie in Tat und Wahrheit eben doch sogenannte TAB-Fichen (Telefonabhörungsbericht-Fichen) existieren. Der Sonderbeauftragte schliesst diese von der Einsichtsgewährung aus. Ist der Bundesrat bereit, diese unverständliche Einschränkung des Einsichtsrechts zu korrigieren?

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Wird im Rahmen einer Strafuntersuchung eine Telefonabklärung durchgeführt, so werden wenn notwendig über die Gespräche von Personen, die mehrere Male anrufen, kurze Zusammenfassungen erstellt und personenbezogen erschlossen. Diese Resümees, auch TAB-Fichen genannt, wurden nur in die Fiche über den Anrufer eingetragen, wenn staatschutzrelevante Informationen vorlagen. Die TAB-Resümees gehören zu den Akten des gerichtspolizeilichen Ermittlungsverfahrens, für welche sich das Einsichtsrecht nach Artikel 124 der Bundesstrafprozessordnung richtet. Der Sonderbeauftragte hat zu Recht keine Einsicht nach der Staatsschutzakten-Verordnung gewährt, und der Bundesrat könnte diese gesetzliche Ordnung ebenfalls nicht in eigener Kompetenz ändern.

Frage 77:**Scherrer. Tempolimiten****Limitations de vitesse sur les routes**

Bundesrat Koller hat verschiedene Male behauptet, das Schweizervolk habe bei der Abstimmung über die «Tempo-Initiative» dem geltenden Regime 80/120 km/h zugestimmt. Obschon dies nicht den Tatsachen entspricht – der Stimmbürger hat lediglich Tempo 100/130 in der Bundesverfassung abgelehnt –, bitte ich den Bundesrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

Hält der Bundesrat an seinem nach der Tempo-Abstimmung gegebenen Versprechen, an den Tempolimiten werde nicht mehr gerüttelt, fest? Wird er daher sämtliche kantonalen Gesuche nach örtlich tieferen Tempolimiten ablehnen und so dem von Bundesrat Koller zitierten Volkswillen konsequent nachleben?

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Der Bundesrat beabsichtigt nicht, die heute geltenden allgemeinen Höchstgeschwindigkeiten (50/80/120) herabzusetzen. Dagegen können von den allgemeinen Höchstgeschwindigkeiten abweichende örtliche Höchstgeschwindigkeiten zur Vermeidung oder Verminderung besonderer Gefahren im Strassenverkehr, zur Reduktion einer übermässigen Umweltbelastung oder zur Verbesserung des Verkehrsablaufs signalisiert werden (Art. 108 Abs. 1 der Signalisations-Verordnung; SSV).

Zuständig für die Anordnung örtlicher Geschwindigkeitslimiten sind grundsätzlich die Kantone, auf Nationalstrassen 1. und 2. Klasse das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement.

Die allgemeinen Höchstgeschwindigkeiten können herabgesetzt werden (Art. 108 Abs. 2 SSV), wenn

- eine Gefahr nur schwer oder nicht rechtzeitig erkennbar und anders nicht zu beheben ist;
- bestimmte Strassenbenützer eines besonderen Schutzes bedürfen;
- auf Strecken mit grosser Verkehrsbelastung der Verkehrsablauf verbessert werden kann;
- eine übermässige, nicht vermeidbare Umweltbelastung erheblich vermindert werden kann.

Das EJPD wird die von einzelnen Kantonen – im Rahmen der kantonalen Massnahmenpläne zur Luftreinhaltung – beantragten Geschwindigkeitslimiten für bestimmte Nationalstrassenabschnitte im Einzelfall nach diesen Kriterien prüfen.

Frage 78:**Graf. Unterbringung von Asylanten in Zivilschutzzimmern
Requérants d'asile logés dans des abris de la protection civile**

Der Presse ist zu entnehmen, dass zunehmend Zivilschutzzimmer durch Asylanten belegt werden. Kann der Bundesrat sagen, wieviel Prozent der Kapazität belegt sind? Besteht nicht die Gefahr, dass zumindest regional die Einsatzbereitschaft der Anlagen dadurch gefährdet wird?

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Gemeinden und Kantone können zu jeder Zeit die personellen und materiellen Mittel ihrer Zivilschutzorganisationen bei Notlagen zur Hilfeleistung einsetzen. In diesem Sinne wurde in

den letzten Monaten von verschiedenen Gemeinden zur Unterbringung und zur Betreuung von Asylbewerbern auf Schutzräume sowie auf den Einsatz von Schutzdienstpflichtigen zurückgegriffen.

Die Zahl der dort untergebrachten Asylbewerber beläuft sich gegenwärtig in der ganzen Schweiz auf 4000 bis 5000 Personen. Das entspricht der Belegung von nicht ganz 1 Promille der heute zur Verfügung stehenden Schutzplätze. Eine Beeinträchtigung der Schutzbereitschaft liegt nicht vor.

Frage 79:**Fankhauser. Vorsorgliche Verhaftung von Albanern****Arrestation d'Albanais à titre préventif**

Am Wochenende vom 9./10. März 1991 sollen «sämtliche im Südtessin auf Asylbescheid wartenden Albaner vorsorglich in Haft genommen worden sein, da die Gefahr bestehe, dass sie ihren Landsleuten bei der illegalen Einreise behilflich sein könnten» («Berner Zeitung», 11. März 1991).

Wer hat diese Präventionshaft angeordnet, gab es eine Absprache mit Bundesinstanzen, und welche gesetzlichen Bestimmungen erlauben solche Verhaftungen oder Mitnahme?

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Die Kantonspolizei Tessin hat am Wochenende vom 9./10. März 1991 in Grenznähe verschiedene Personen, die den Verdacht erweckten, illegale Grenzübertritte erleichtern zu wollen, einer Kontrolle unterworfen. Bei den vorübergehend Angehaltenen handelte es sich fast ausschliesslich um albanische Staatsangehörige, die aus der Deutschschweiz und aus Deutschland angereist waren. Solche Anhaltungen stützen sich auf das kantonale Polizei- und Strafprozessrecht und das Anag. Sie dienen der Bekämpfung des Schlepperwesens. Bekanntlich reisen 95 Prozent aller Asylbewerber illegal über die grüne Grenze ein. Die Tessiner Behörden handelten in eigener Kompetenz.

Frage 80:**Leutenegger Oberholzer. Schweizer Pass für Schweizerinnen****Passeport des Suisses**

Im neuen Schweizer Pass steht auf Seite 1: «Der Inhaber dieses Passes ist Schweizerbürger und kann jederzeit in die Schweiz zurückkehren.» Diese Sprachregelung verletzt Artikel 4 Absatz 2 BV, und viele Frauen stossen sich daran. Sie steht auch im Widerspruch zur korrekten Sprachregelung – «Schweizerbürger(innen)» – auf Seite 32 des Passes. Wann gedenkt der Bundesrat, auch im Schweizer Pass den Erfordernissen des Gleichstellungsartikels der Bundesverfassung vollumfänglich Nachachtung zu verschaffen und eine korrekte, das weibliche Geschlecht nicht diskriminierende Sprachregelung zu gewährleisten?

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Bei der Herstellung der Passformulare wurde auf den Seiten 1 und 3 kein Unterschied zwischen den Geschlechtern gemacht. Die Verfasserinnen und Verfasser des Textes gingen nämlich davon aus, dass die gewählte Formulierung «geschlechtsneutral» sei. Wir haben festgestellt, dass auch die Pässe der umliegenden Länder nur die «Unterschrift des Passinhabers» oder «la signature du titulaire» kennen. Diese Schreibweise wird übrigens allgemein in Ausweisen (Führer- und Fahrzeugausweis, Identitätskarte usw.) und in den neuen Gesetzestexten verwendet.

Der Text auf Seite 32 des Passes hingegen richtet sich an den Passinhaber bzw. die Passinhaberin und ist deshalb auch durch die weibliche Formulierung ergänzt.

Question 81:**Aguet. Abschaffung des Hilfsdienstes. Neubeurteilung durch die sanitärische Untersuchungskommission****Abrogation du statut de complémentaire. Nouvel examen CVS**

Nous avons modifié l'organisation militaire en 1989. Le statut de complémentaire a été abrogé. Dès le 1er janvier 1991, près de 90 000 personnes ont bénéficié de cette promotion. Elles ont

été déclarées aptes à servir avec l'obligation d'accomplir plus de jours de service militaire que si elles avaient gardé leur ancien statut. Tous ces militaires ont-ils eu la possibilité de demander un nouvel examen en CVS (commission de visite sanitaire) et, si ce n'est pas le cas, le Conseil fédéral ne juge-t-il pas judicieux que cette possibilité soit offerte à tous?

Réponse écrite du Conseil fédéral

Sur les 90 000 militaires du service complémentaire, 60 000 étaient incorporés dans des unités ou des états-majors. Ce sont ceux-ci qui ont été déclarés aptes au service en date du 1er janvier 1991 sur la base de la révision partielle de l'organisation militaire. Seuls ces militaires-là sont concernés par la question de M. Aguet.

Les militaires en question exercent les mêmes fonctions que jusqu'ici (par exemple, aides de cuisine, ordonnances de bureau, dessinateurs, chauffeurs, etc.) et n'auront pas à satisfaire à des exigences accrues après leur nouvelle incorporation. Il en résulte qu'un examen médico-militaire ne s'imposait pas.

Comme tous les militaires, ils ont la possibilité de demander en tout temps une appréciation de leur aptitude au service. Les décisions de cette nature sont sujettes à recours.

Les militaires du service complémentaire ont reçu une circulaire de l'Office fédéral des affaires sanitaires lors de leur incorporation au titre de militaire apte au service, dans laquelle ils ont été informés de leurs droits en matière de recours et de révision.

L'examen des recours déposés contre la déclaration d'aptitude au service suit son cours normal.

Frage 82:

Büttiker. Neuregelung für Instruktionkorps unbefriedigend

Corps des instructeurs. Nouveau statut peu satisfaisant

Per 1. Januar 1991 sind eine neue Verordnung über das Instruktionkorps und eine neue Instruktionen-Verordnung des EMD in Kraft getreten. Leider bringen diese Erlasse nicht die erhofften Verbesserungen für das Instruktionkorps.

Wie will der Bundesrat das Instruktionenproblem qualitativ und quantitativ endlich lösen, wenn die neuen Regelungen auch weiterhin das Ansehen, die Behandlung, die Besoldung und die Entschädigungen der Instruktionen überhaupt nicht verbessern?

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Der Bundesrat behauptet nicht, mit der neuen Verordnung über das Instruktionkorps das Instruktionenproblem schlechthin gelöst zu haben. Im Rahmen des überhaupt Machbaren und politisch Möglichen ist aber eine wichtige Etappe zurückgelegt worden. Entgegen den Befürchtungen von Herrn Nationalrat Büttiker schafft die neue Verordnung sehr wohl Voraussetzungen für die Besserstellung der Instruktionen. Namentlich wurden

- als Kernpunkt der Verordnung die Grundlagen für eine moderne Personalführung geschaffen,
- Anträge der Arbeitsgruppe Instruktionenberuf (Nationalrat Hess) realisiert,
- die gewandelten Wertvorstellungen, vor allem im Verhältnis des Instrukteurs zu seiner Familie, berücksichtigt,
- zivilstandsunabhängige Regelungen getroffen,
- das Dienstrecht vereinheitlicht und eine gradunabhängige Pensionierungsregelung eingeführt und nicht zuletzt
- der administrative Bereich und das Vergütungswesen vereinfacht.

Die neue Verordnung verursacht 5,3 Millionen Franken Mehrkosten pro Jahr. Das entspricht 2,5 Lohnprozenten oder durchschnittlich 3000 Franken steuerfreie Mehreinnahmen aus Vergütungen für jeden Instruktor.

Zusammen mit den Anstrengungen zur Verbesserung des Aus- und Weiterbildungsangebots für Instruktionen erwartet der Bundesrat deshalb von der neuen Verordnung wichtige positive Impulse.

88.039

Bund und Kantone. Aufgabenteilung. Zweites Paket Confédération et cantons. Répartition des tâches. Second train de mesures

Differenzen – Divergences

Siehe Jahrgang 1990, Seite 1798 – Voir année 1991, page 1798

Beschluss des Ständerates vom 4. März 1991
Décision du Conseil des Etats du 4 mars 1991

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

4. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (3. IV-Revision) 4. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (3e révision de l'AI)

Art. 54 Abs. 3

*Antrag der Kommission
Festhalten*

Art. 54 al. 3

*Proposition de la commission
Maintenir*

M. Matthey, rapporteur: La révision de l'assurance-invalidité fait donc partie de ce deuxième paquet de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. Il reste trois divergences entre le Conseil des Etats et notre conseil aux articles 54 et 64.

En ce qui concerne l'article 54, la commission de votre conseil, à l'unanimité, vous propose de maintenir la décision du Conseil national, à savoir de biffer l'article 54, alinéa 3, qui a été inscrit par le Conseil des Etats, et cela pour les raisons suivantes: la commission du Conseil national, suivie par la suite par votre conseil, a craint que l'indépendance de l'Office AI ne soit mis en cause précisément par l'adjonction de l'alinéa 3 de cet article 54.

Lors des débats au Conseil des Etats, il s'est avéré que ce conseil souhaitait, surtout pour les petits cantons, qu'il puisse y avoir dans la même personne qui dirige l'Office AI et la Caisse cantonale de compensation, une «Personalunion» comme on appelle cela en allemand.

La commission du Conseil national peut donner l'assurance au Conseil des Etats que, dans l'esprit de nos interventions, nous pouvons admettre que pour les petits cantons il y ait cette «Personalunion», encore que notre commission préfère qu'il y ait une collaboration entre les petits cantons plutôt qu'une fusion dans la même personne de la direction d'un office AI et de la Caisse cantonale de compensation.

En revanche, et nous voulons reprendre ici le contenu du rapport du Conseil fédéral, l'Office AI doit rester indépendant, mais cette autonomie doit être précisée. Nous aimerions en particulier que le chef du département nous confirme que l'indépendance de l'Office AI est maintenue, qu'il n'y a pas subordination de l'Office AI à la Caisse cantonale de compensation, même si le ou la responsable de ces deux offices est une seule et même personne.

C'est à ces conditions que la commission du Conseil national vous invite à maintenir notre position. En effet, il ne faut pas oublier qu'on demande des compétences différentes à ceux qui participent à la gestion de la Caisse cantonale de compensation et à ceux qui gèrent un office cantonal AI. En résumé, nous sommes d'accord avec la «Personalunion» demandée par le Conseil des Etats pour les petits cantons, mais nous exigeons qu'il n'y ait pas subordination de l'Office AI à la Caisse cantonale de compensation.

Fragestunde

Heure des questions

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.03.1991 - 14:30
Date	
Data	
Seite	533-546
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 692

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.